

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1,60 M., im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einjährl. Beleggeld, Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilage“, „Wort und Bild“ und „Kleberblatt“, ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Schul“, „Wiss in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
23. August 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Sonntagsausgabe 60 Pfennig, Restamts 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des eingetragenen Wortes 20 Pfennig (zwei Zeilen je Tag), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Fernhöf 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Verlängerung der Krisenfürsorge.

Ein Beschluß des Reichskabinetts. — Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Das Reichskabinett hat am Mittwoch beschlossen, in der Frage der Verbesserung der Krisenfürsorge von einer Zwischenlösung abzusehen, und die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen, wie sie der Reichstag vor seinem Auseinandergehen gewünscht hat, mit Wirkung vom 17. September ab in Kraft zu setzen.

Der Reichstag hat noch vor den Ferien eine Entschliebung angenommen, die die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge von 26 auf 39 Wochen forderte. Die Deutsche Volkspartei hatte dieser Entschliebung im Reichstag Widerstand entgegengesetzt. Es gelang im Reichstag, diesen Widerstand zu überwinden.

Dieser Widerstand wurde im Kabinett fortgesetzt. Trotz der dringenden Vorstellungen der Gewerkschaften und des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung konnte die Forderung des Reichstages nicht unverzüglich durchgeführt werden. Der ernsthafteste Wille der gesamten Sozialdemokratischen Partei, den durch die Wahlen erzwungenen politischen Kurswechsel namentlich auf sozialpolitischem Gebiet nicht verwässern zu lassen, hat es nun den sozialdemokratischen Ministern ermöglicht, sich den Widerständen gegenüber durchzusetzen.

Angesichts der Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist dieser Beschluß von großer Bedeutung. Es ist zu beachten, daß alle Krisenunterstützten, die seit Ablauf der Uebergangsbestimmungen (1. Juli) infolge Erschöpfung der Bezugsdauer von 26 Wochen ausgespart wurden, nun in den Genuß einer weiteren Bezugsdauer bis zu 39 Wochen kommen.

Das Reichsarbeitsministerium, das die entsprechende Verordnung an die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter zu erlassen hat, muß nunmehr dafür Sorge tragen, daß die Verlängerung rechtzeitig vorbereitet werden kann. Am zweckmäßigsten wäre es, wenn die Verordnung, die die Unterstützungsdauer auf 39 Wochen festsetzt, benutzt werden würde, um die gesamte Materie der Krisenunterstützung, die durch ihre Verzerterung auf verschiedene Verordnungen und Erlasse recht unübersichtlich geworden ist, zu vereinheitlichen und dadurch die Arbeit für die ausführenden Arbeitsämter erheblich zu erleichtern.

Man würde so auch den Arbeitslosen, die ein Anrecht auf die Krisenunterstützung haben, die Möglichkeit geben, sich selbst über das Ausmaß ihres Anspruchs zu orientieren; bei der jetzigen unübersichtlichen und komplizierten Regelung der Materie der Krisenunterstützung ist das für einen Arbeitslosen völlig unmöglich. Gerade die Orientierungsmöglichkeit für jeden einzelnen

ist notwendig, damit nicht in kleineren Arbeitsämtern durch die Unwissenheit der Arbeitslosen eine falsche Auslegung der Bestimmungen erfolgt und die Arbeitslosen geschädigt werden.

Durch den Kabinettsbeschluß über die Verlängerung der Höchstdauer ist der sich stark verschlechternden Arbeitsmarktlage noch keineswegs völlig Rechnung getragen worden. Notwendig ist, daß die Forderung der freien Gewerkschaften nach der Ausgestaltung der Krisenfürsorge zur Reichsarbeitslosenfürsorge bald in Angriff genommen wird. Es muß eine der Hauptaufgaben des im Herbst zusammentretenden Reichstages sein, diese unabwiesbare Pflicht des Reiches im Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung zu erfüllen. Die Notwendigkeit eines Bindegliedes zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege, wie sie die Reichsarbeitslosenfürsorge darstellen soll, ist durch die amtlichen Statistiken zur Genüge erwiesen.

Unternehmerprotest.

Sie wollen keine sozialpolitischen Maßnahmen.

Wie die Telegraphen-Union mitteilt, werden in führenden Wirtschaftskreisen erste finanzielle Bedenken gegen eine weitere erhebliche Ausdehnung der Krisenfürsorge durch Erweiterung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen erhoben. Bei den jetzigen Bestimmungen über die Krisenfürsorge sei es so gut wie sicher, daß der hierfür im Etat vorgesehene Betrag nicht zur Deckung der tatsächlichen Ausgaben ausreichen werde.

Des ferneren müsse angesichts der Entwicklung des Arbeitsmarktes schon heute mit höchster Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß das Reich auf Grund der Bestimmung der Arbeitslosenversicherung zinslose Darlehen in zweifellos nicht unerheblichem Umfang gewähren müsse, für die im Etat Mittel nicht vorgesehen seien. Angesichts der recht ungünstigen Abschlüsse der Reichsfinanzen im ersten Staatsquartal müßten die beiden hier geschilderten Momente bereits ohne weitere Ausdehnung der Krisenfürsorge mit nicht unbeträchtlicher Sorge erfüllen.

Neben diesen Bedenken wird in führenden Wirtschaftskreisen auf Grund von in der Tagespresse erschienenen Mitteilungen auch die Befürchtung ausgesprochen, daß aus Anlaß der bekannten Beschlüsse über den Bau des Panzerkreuzers weitere sozialpolitische Maßnahmen ergriffen werden sollten. Da keine authentischen Nachrichten über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit solcher Mitteilungen von bernischer Seite zu erlangen sind, wird sich die Wirtschaft, wie der Deutsche Handelsdienst hört, gegebenenfalls gezwungen sehen, eine derartige Verquickung rein politischer Fragen mit Fragen des weiteren Ausbaues der sozialpolitischen Gesetzgebung für unvereinbar mit den Grundsätzen sachlicher sozialpolitischer Arbeit zu bezeichnen.

faschistische Handlung vorzutauschen. Diese Meinung wird damit begründet, daß der Konsul abwesend war. Außerdem hätte man, wenn es sich tatsächlich um einen Raubakt gehandelt hätte, die Bombe nicht auf das Fensterbrett, sondern in das Innere des Bureaus gelegt.

Sowjet-Militarismus.

Wehrpflichtverweigerern die Ausreise verboten.

Amsterdam, 22. August. (Eigenbericht.)

Dem Weltfriedenskongreß der Jugend im Zeltlager Cerde ging ein scharfer Protest der russischen Bolschewiken, denen die Sowjetregierung die Ausreise untersagt hat, gegen die Militarisierung der Jugend in Rußland zu. Der Kongreß stimmte einem niederländischen Antrag zu und protestierte gegen jedes, die Zusammenarbeit der Jugend erschwerendes Regierungssystem.

Der Stadtbankrott St. Ingbert.

Die Saarregierung muß helfen.

Saarbrücken, 22. August. (Eigenbericht.)

Das Schicksal St. Ingberts bildete den Gegenstand längerer Beratungen der Regierungskommission. Man kam überein, der Stadt finanzielle Hilfe zu gewähren.

Der Bankrott geht auf Kosten der zentralen Verwaltung und ihres wackeren Stadtrates. Er ist in erster Linie auf den Leiter der Stadtparokale, Finanzrat Fischer, zurückzuführen. Fischer hat eine Kontrolle der Kasse dadurch unmöglich gemacht, daß er eine ganze Reihe Kassothekarien einfach beiseite schaffte. Er ist fristlos entlassen und angezeigt worden.

Dem Parlament der Parlamente

Zur Eröffnung der Interparlamentarischen Konferenz im Deutschen Reichstag.

Im Hause des Deutschen Reichstags wird heute die 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union feierlich eröffnet werden. Die deutsche Republik begrüßt einige hundert politische Persönlichkeiten aus allen Erdteilen als ihre Gäste. Sie braucht sich auch nicht dessen zu schämen, was sie ihnen zu zeigen hat. Die ausländischen Besucher, die mit scharfen Beobachtungen zu uns kommen, finden ein Land, das an Freiheitlichkeit seiner Verfassung hinter keinem andern zurücksteht, und ein Volk, das entschlossen ist, in ungestörter Friedensarbeit aufzubauen, wo der große Krieg nur Schutt und Trümmer hinterlassen hat. An wirtschaftlicher Prosperität kann sich dieses Land und Volk mit den Vereinigten Staaten und mit Australien nicht messen, wohl aber hält es, obgleich im Kriege unterlegen, einen Vergleich mit seinen europäischen Nachbarn aus. Nichts wäre verkehrter, als die Not zu verbergen, in der die große Masse des Volkes lebt, und die soziale Unrast, die sie erfüllt. Die Anwesenheit zahlreicher deutscher Sozialdemokraten auf der Konferenz mag die Gäste daran erinnern, daß es hierzulande eine starke Arbeiterbewegung gibt, die den Kampf gegen die soziale Not aufgenommen hat und die zugleich von dem unerschütterlichen Friedenswillen des deutschen Volkes lebendiges Zeugnis gibt.

Der Interparlamentarischen Union selbst könnte man keinen schlechteren Gefallen tun, als wenn man sich in übertriebenen Schilderungen ihrer Bedeutung ergehen wollte. Diese auf Freiwilligkeit beruhende Vereinigung hat noch keine völkerrechtliche Funktion. Selbst der Völkerbund in Genf, dessen Kraft niemand von uns überschätzt, erscheint an ihr gemessen, als ein Nachriese. Die Interparlamentarische Konferenz, dieses Parlament der Parlamente, ist noch sehr weit davon entfernt, der Welt Befehle diktieren zu können. Ihre Bedeutung besteht vielmehr zunächst nur darin, daß sie Politiker der verschiedensten Länder einander näherbringt und daß sie damit als ein Instrument der Völkerverständigung wirkt. Dann aber birgt sie auch sehr große Entwicklungsmöglichkeiten in sich. Wenn der Gedanke verwirklicht werden soll, daß der Völkerbund aus einem Bund der Regierungen zu einem wirklichen Bund der Nationen verwandelt wird, dann wird man an die Einrichtung der Interparlamentarischen Union anknüpfen können, die dann freilich auch zu einer festen, auf internationalen Verträgen beruhenden Gestalt gebracht werden muß.

Der Zusammentritt der Interparlamentarischen Konferenz erfolgt wenige Tage vor dem Zeitpunkt, an dem der deutsche Außenminister in Paris eintreffen wird, um mit anderen Staatsmännern gemeinsam einen Pakt zur Aechtung des Krieges zu unterzeichnen. Der Unterzeichnung wird die Ratifizierung durch die Parlamente der beteiligten Staaten folgen und von da ab wird der Kellogg-Pakt ein integrierender Bestandteil des internationalen Rechts sein. Nach der Völkerbundslage und den Verträgen von Locarno bedeutet der Kellogg-Pakt das dritte Sicherheitsstück, mit dem das Tor des Friedens vor einem Einbruch des Krieges geschützt werden soll.

Aus der deutschen Perspektive gesehen, erscheint der neue Vertrag beinahe schon als Ueberflus. Deutschland hat die Pflichten eines Völkerbundmitglieds übernommen, es hat durch die Locarnoverträge auf den Krieg als Mittel zur Durchsetzung seiner Ansprüche gegen seine Nachbarn verzichtet. Es ist ihm kein schwerer Entschluß, auf den Kriegsverzicht auch noch die Kriegsächtung zu legen.

Die Anstrengungen der Völkerrechtsjuristen um die Sicherung des Weltfriedens brauchen nicht so intensiv zu sein, wenn der Weltfrieden im Geiste der Völker, in den gegebenen Machtverhältnissen, in der vorhandenen internationalen Ordnung stärker verankert wäre. Aber während die juristische Friedenssicherung einen Erfolg nach dem andern erringt, erleiden die Abrüstungskonferenzen einen Misserfolg nach dem andern. Das Bestreben der Staaten, trotz alledem ihre Rüstungen zu behalten und womöglich noch zu verstärken, ist der beste Beweis dafür, daß in den realen Erfolg des juristischen Friedensschutzes durchaus kein unbedingtes Vertrauen gesetzt wird. Die internationalen Presseerörterungen, die sich aus Anlaß des englisch-französischen Marineabkommens entsponnen haben, und die dabei zutage tretenden Gegenläufigkeiten zwischen dem britischen und dem amerikanischen Imperialismus bilden zur parlamentarischen Friedenskonferenz von Berlin und zum Unterzeichnungspakt von Paris eine nicht ganz angenehme Begleitmusik.

Dazu kommt, neben vielem anderen, noch eines, das uns beträchtlich näher liegt. Wir haben mitten in dem befristeten Europa — um das ausgezeichnete Wort Leon Blums vom Brüsseler Kongreß zu gebrauchen — „eine Enklave des Krieges“. Das sind die noch immer besetzten Gebiete im deutschen Westen. Daß diese Befestigung auch nach dem Abschluß des Dawes-Abkommens und der Locarnoverträge fort dauerte, war schon ein Widerfynn. Daß sie auch nach der

Rücktritt der Thüringer Regierung.

Der Landtag tritt heute zusammen.

Weimar, 22. August. (Eigenbericht.)

Die Thüringer Regierung hat in ihrer heutigen Kabinettsitzung ihre Gesamtdemission beschlossen. Die Minister Cautheffer, Pausen, Hölle sowie alle Staatsräte haben dem Präsidenten des Landtages schriftlich ihren Rücktritt angezeigt. Der Landtag von Thüringen tritt am 23. August zusammen, um über den sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung des Landtages zu beschließen.

Faschistenbombe in Lüttich.

Zuständigen Ortes planmäßig geplott.

Brüssel, 22. August. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Mittwoch explodierte am italienischen Konsulat Lüttich eine Bombe. Personen wurden nicht verletzt, der Sachschaden ist gering. Es wird allgemein angenommen, daß das Attentat von Faschisten veranfaßt wurde, um das Interesse der Öffentlichkeit durch ein „Verbot der Vallschiffen“ von dem Treiben der faschistischen Volkspolizei in Belgien abzulenken.

Tel.-Union meldet darüber: Die Bombe war auf das Fensterbrett gelegt worden, wodurch sich die starke Zerstörung der Hausfront erklärt. Die Decke des Bureaus wurde an 15 verschiedenen Stellen durchschört. Möbel und sämtliche Fenster des Gebäudes wurden zertrümmert. Die Meinung, daß es sich um ein antisowjetisches Attentat handelt, hat nunmehr einer anderen Platz gemacht. Man nimmt an, daß die Täter in der näheren Umgebung des Konsuls selbst zu suchen sind und daß sie dieses Attentat in Szene setzten, um eine anti-

Faschisten als „Parlamentarier“?

Ein Protestschreiben an die Interparlamentarische Konferenz.

Unterzeichnung des Kellogg-Paktes fortgesetzt werden soll, ist eine Grundsatzfrage. Nichts kann uns an dem Gedanken der endgültigen deutsch-französischen Ausöhnung irren machen, der der Gedanke unserer ganzen Außenpolitik ist. Aber es muß schon gesagt werden, daß die Fortsetzung der Besetzung unter den gegebenen Verhältnissen und auch der Versuch, sich die Räumung von Deutschland extra durch hohe Zugeständnisse abkaufen zu lassen, für die Politik der deutsch-französischen Verständigung eine ganz gewaltige Belastungsprobe bedeutet.

Für die deutsche Republik besteht durchaus die Möglichkeit, ohne jede Veränderung ihrer außenpolitischen Richtlinien zu erklären, daß sie lieber die Besetzung noch ein paar Jahre länger ertragen wolle, als daß sie bereit wäre, für die Räumung jeden geforderten Preis zu zahlen. Wir fordern die Räumung nicht als ein „Geschenk“ für Deutschland, wir fordern sie, weil ihre Fortdauer eine Diskreditierung, um nicht zu sagen eine Verhöhnung der abgeschlossenen Verträge zur Sicherung des Friedens bedeutet, wir fordern sie nicht für Deutschland, sondern für Europa und für die Befriedigung der Geister, die mehr nützt als alle Verträge.

Was uns die interparlamentarische Konferenz bringt, ist keine Erfüllung, sondern nur ein Stück Verheißung. Im Berliner Reichstag werden die Herren nicht so zusammenschlagen wie vor zwei Wochen im Brüsseler Volkshaus. Es sind nicht Vertreter einer Klasse und eines Gedankens, die sich hier zusammenfinden; die Karte der Parteien ist hier noch bunter als die der Länder. Mit Erstaunen wird man in dieser Versammlung so manchen sehen, dessen Anhänglichkeit an die Gedanken der parlamentarischen Demokratie und des Weltfriedens einigermaßen zweifelhaft erscheint. Es wäre nicht schwer, darüber eine Satire zu schreiben. . . . Denen jedoch, die guten Willens sind, gilt über Länder- und Parteigrenzen hinaus unser Gruß. Es ist zwar nicht wahr, daß es genügt, Großes nur gewollt zu haben, aber wer Großes erhlich will, der schafft auch mit, daß es schließlich wird. In diesem Sinne wünschen wir der interparlamentarischen Konferenz besten Erfolg für ihre Arbeit.

Bearbeiten der Interparlamentarier.

Tagung der Minderheitenkommission und des Interparlamentarischen Rates.

Am Mittwoch vormittag trat im Rahmen der vorbereitenden Arbeiten der Interparlamentarischen Union das Exekutiv-Komitee zusammen. Seine Beratungen leitete an Stelle des erkrankten Vorsitzenden Baron Weltschward-Schweden der Präsident der tschechoslowakischen Abordnung Dr. Brádec. Die Arbeiten des Komitees galt in der Hauptsache der Vorbereitung für die am Nachmittag zusammentretende Sitzung des Interparlamentarischen Rates.

Die Minderheitenkommission

Führte am Mittwoch vormittag unter Leitung des früheren schweizerischen Abgeordneten Studer ihre vorbereitenden Arbeiten zu Ende. An der ausgedehnten Aussprache, an der sich von deutscher Seite der frühere Reichstagsabgeordnete Heile, von deutsch-polnischer Seite das Mitglied der polnischen Gruppe Kaumann, von estnischer Seite der Abgeordnete Hasselblatt, von italienischer Seite der japanische Italiener Wilian, der Vorsitzende der Minderheitenkongresse, und von rumänischer Seite der Völkerrechtsprofessor Djupara, Präsident der rumänischen Gruppe, beteiligten, wurde den Ausführungen des rumänischen Vertreters, der den Minderheiten empfiehlt, sich loyal zu verhalten, entgegen. Die Minderheiten müßten so behandelt werden, daß sie auch Gefühle des Herzens für den Staat empfinden könnten, in dem sie nun einmal leben. Allein mit dem Grundsatz der Versöhnlichkeit sei es nicht getan.

Es wurde weiter beschlossen, eine fünfgliedrige Unterkommission einzusetzen. Der Unterkommission gehören an: Dr. Studer (Schweiz), Präsident Dr. Uhlir (Tschechoslowakei), Dr. Djupara (Rumänien), Dr. Hasselblatt (Estland), Dr. Wilian (Italien). Sie hat den Auftrag, Verbesserungen im Minderheitenverfahren vor dem Völkerbund zu studieren, die vor allem in einer Ausdehnung des Minderheitenschutzsystems auf alle Staaten zu suchen sei. Die Kommission ersucht ferner die Unterkommission, die Entwicklung des materiellen Minderheitenrechtes nicht aus den Augen zu verlieren und bei ihren Arbeiten die in verschiedenen Staaten schon bestehenden kulturellen Garantien zu berücksichtigen.

Der Interparlamentarische Rat

eröffnete in einer Vornachtsitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des tschechoslowakischen Senats Dr. Brádec zunächst die öffentliche Tagesordnung. So genehmigte er den Verhandlungsbericht über die letzte Konferenz und das Budget, das Einnahmen in Höhe von 173 000 und Ausgaben in Höhe von 155 000 Schweizer Franken aufweist. Zu Rechnungsrevisoren wurden die Herren von Embden (Holland) und Professor Djupara (Rumänien) ernannt.

Hauptpunkt der Tagesordnung war die Wahl des Generalsekretärs. Unter lebhaftem Beifall wurde der bisherige Generalsekretär der Interparlamentarischen Union Dr. Christian A. Rang (Norwegen) für weitere 4 Jahre zum Generalsekretär gewählt. Dem um die Union sehr verdienten Dr. Boissie (Schweiz) wurde der Titel eines stellvertretenden Generalsekretärs verliehen.

Belgien und die Interparlamentarische Union.

Brüssel, 22. August.

Die Senatoren Lafontaine und Wolckaert sind zur Teilnahme an der Tagung der Interparlamentarischen Union nach Berlin abgereist. Carton de Wiart hat an den Präsidenten der Union ein Schreiben gerichtet, in dem er davon Mitteilung macht, daß die belgische Gruppe der Union sich unter seinem Vorbehalt neu konstituiert hat, und weiter darum ersucht, der deutschen Gruppe mitzutreten, daß angesichts der Beratung über die belgischen Militärengpässe kein Abgeordneter der Kammer an den Arbeiten der Konferenz in Berlin teilnehmen könne.

Die tschechoslowakische Delegation

die an der Tagung der Interparlamentarischen Union teilnimmt, besteht aus folgenden Mitgliedern: dem Vorsitzenden der Gruppe und stellvertretenden Vorsitzenden des Senats Dr. Jaroslav Brádec und den Senatoren Dr. A. Heller (deutscher Soz.), Dr. R. Hilgenreiner und Dr. W. Redinger und aus den Abgeordneten Dr. J. Hollo, J. Kocor, Dr. O. Szüllö, Dr. A. Uhlir. An Stelle des erkrankten Abgeordneten Dr. Ivan Džer (tschech. Soz.) nimmt an der Tagung der stellvertretende Vorsitzende des Abgeordnetenhauses J. Štáin, Chefredakteur des tschech.-soz. Zentralorgans „Právo lidu“, teil.

Aus Paris, wo sie in der Verbannung leben, haben ehemalige italienische Deputierte an die Interparlamentarische Konferenz in Berlin ein Protestschreiben gerichtet, das eine peinliche Frage aufwirft: „Gehören Faschisten überhaupt auf diese Konferenz?“ Die verbannten und flüchtigen Deputierten verneinen diese Frage auf das entschiedenste. Sie erinnern daran, daß „die sogenannten italienischen Abgeordneten, die der Konferenz beimohnen“, ihre Mandate einer Wahl verdanken, die durch die Ermordung Matteottis und Biccinis gekennzeichnet ist, und daß sie die augenscheinliche und voll eingestandene Verneinung des parlamentarischen Systems darstellen. Nicht als Mitglieder eines Parlaments, dem es zusteht, eine Kontrolle über die Regierung auszuüben, sondern nur als Agenten und Beamte der Regierung können diese „Parlamentarier“ angesehen werden.

Das Protestschreiben stellt fest:

In dieser Eigenschaft haben sie, die Verteidigung der parlamentarischen Einrichtungen mit Füßen tretend, einer augenblicklichen „Wahlreform“ zugestimmt, der zufolge:

1. Das Volks-Wahlrecht selbst im beschränkten Sinne, ohne das keine parlamentarische Vertretung denkbar ist, tatsächlich und von Rechts wegen unterdrückt wird, da die Aufstellung politischer Kandidaten nur mehr falschen, vollständig verstaatlichten Syndikaten obliegt, die einzig und allein von der Regierung anerkannter Faschisten geleitet und vertreten werden;

2. Die auf diese Weise aufgestellten Kandidaten selbst nur zu den reinsten Scheinkandidaten werden, da sie einer neuen, vollkommen willkürlichen Auslese seitens des Großen Faschistischen Rates unterworfen werden, der als direkte Rebenstelle der Regierung nicht nur ermächtigt ist, die Liste zu veröffentlichen, sondern auch nach Gutdünken Kandidaten zu streichen oder durch andere zu ersetzen, wodurch in Wirklichkeit der Große Faschistische Rat zum einzigen Wähler wird und die Regierung allein die Abgeordneten ernannt, welche berufen sind, sie zu kontrollieren;

Reichstagsempfang der Union.

Der Reigen der mit der 25. Interparlamentarischen Konferenz in Verbindung stehenden Festlichkeiten wurde am Mittwochabend eröffnet durch einen Empfang, den die deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union den ausländischen Gästen in den festlich geschmückten Räumen des Reichstags bereitete. Reichstagspräsident Löbe als Hausherr hatte am Eingang viele Händedrucke mit alten Vorkämpfern der internationalen Verständigung auszutauschen. Reichstanzler Hermann Müller war erschienen, die Reichsminister v. Guérard und Dietrich, denen später noch weitere Minister folgten. Weiter bemerkte man den Reichspräsidenten Dr. Brüning und als Vertreter der Stadt Berlin Oberbürgermeister Dr. Böhm mit dem Vertreter des Berliner Fremden- und Wessentags, Karl Wetter.

Die Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten waren durch zahlreiche Abgeordnete vertreten. Fast vollständig waren die Mitglieder der ausländischen Gruppen erschienen.

Reichstagspräsident Löbe

begrüßte die Gäste mit folgender Ansprache: Es gereicht mir zur besonderen Freude und Ehre, Sie namens der Interparlamentarischen Union und als Hausherr in Deutschland, in Berlin und in diesem Hause der deutschen Volkstretreter herzlich zu begrüßen. Wie danken besonders den verehrten Abgeordneten aus den fremden Ländern, daß sie unserem Rufe, die Jubiläumskonferenz in unserer Hauptstadt abzuhalten, so zahlreich und aus allen Teilen der Erde gefolgt sind. Viele hochverehrte Mitarbeiter und Mitkämpfer sehe ich in Ihrem Kreise. Es drängt mich wohl, die einzelnen zu nennen und zu begrüßen, aber ihre große Zahl verbietet mir das. So darf ich mich deshalb darauf beschränken, besonders die Veteranen unserer Bewegung, Herrn Senator La Fontaine und Herrn Bartholdi aus Nordamerika, unseren langjährigen Mitarbeiter Stefano Rapoliani aus Italien, Herrn Bergesiczy aus Ungarn sowie Herrn Senator Dandurant aus Kanada, der den weiten Weg niemals scheut, an unseren Beratungen teilzunehmen, zu nennen. Ich darf aber auch einen Augenblick verweilen bei denen, die durch irgendwelche Gründe verhindert sind, heute unter uns weilen. Zunächst sei ein Wort gewidmet unserem hochverehrten Präsidenten Baron Weltschward, den schwere Krankheit hindert, hier seines Amtes zu walten. Noch ein anderer fehlt uns, der sonst regelmäßig bei uns war, Mister Burion aus Ohio, der Aktivist, der zu jeder unserer Sitzungen, sogar zu den Kommissionsitzungen, über den Ozean kam, um an unserer Arbeit teilzunehmen. Er steht jetzt in seinem 81. Lebensjahre in Ohio im Wahlkampf. Hoffen wir, daß er mit 82 Jahren wieder unter uns weilt bei der nächsten Konferenz. Ich darf auch gedenken unseres Landmannes und langjährigen Mitarbeiters, Herrn Professors Eichhoff, der durch ein Leiden am Erscheinen verhindert ist. Ich darf weiter erinnern an unseren Mitarbeiter Grafen Ap-pongi, der heute nicht hier sein kann und Lord Byron aus England.

Die Arbeiten, die vor uns liegen, werden getragen sein von dem Geste des guten Willens, den von uns vertretenen Völkern zu dienen und sie vor der Gefahr des Krieges zu bewahren.

Für die Sicherung des Friedens aber möchten wir nicht nur den guten Willen, sondern auch jene praktische Institution vorbereiten, die den Friedenswillen zu einer geordneten Organisation führen, die nicht mehr zerbrechen werden kann. Am Anfang unserer Bewegung stehen unsere unvergänglichen Vorkämpfer Kaudale Gremer und Frederic Passy, die diese Garantie in den Friedensverträgen zwischen den Staaten sahen. Wir schätzen und fördern diese Verträge heute noch an erster Stelle, aber wir dehnen unsere Bemühungen aus auf viele andere Gebiete des Zusammenlebens und der Verständigung der Völker, auf die Gesetze der Völkergerechtigkeit, die Abrüstung, den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Bekämpfung der sozialen Not. Einige dieser Fragen stehen auch auf der Tagesordnung der Berliner Konferenz und mit dem Dank für Ihr Erscheinen verbinde ich den Wunsch, daß diese Beratungen den von uns vertretenen Völkern dienen mögen. Unsere hochwillkommenen Gäste aus allen fremden Ländern werden sich von der unerschütterlichen, tief wurzelnden Friedensliebe des deutschen Volkes hier überzeugen können. Im

3. Die Kandidaten nur auf einer „einzig nationalen Liste“ aufgestellt werden; es wird weder irgendeine oppositionelle Liste zugelassen, noch hat der Wähler (diese Bezeichnung klingt wie eine Ironie) das geringste Recht, irgendeinen Namen zu streichen oder durch einen anderen zu ersetzen; er muß die ganze Liste durch ein Ja oder Nein entweder gutheißen oder verwerfen.

Im Geiste dieses tragischen Scherzes, der jede Verfassung umstürzt, haben die Abgeordneten des gegenwärtigen gesetzgebenden Körpers, die in der italienischen Kammer verblieben sind, stets gehandelt. Darum haben sie auf Befehl der Regierung, die erklärt hat, daß es die Pflicht der Abgeordneten ist, „stillschweigend zu gehorchen“, der trügerischen Politik des Faschismus stets zugestimmt; sie haben die imperialistischen Umtriebe des Faschismus auf dem Balkan und am Mitteländischen Meer unterstützt; sie boten die Hand zur Militarisierung der männlichen und weiblichen Jugend, ja sogar der Kinder.

Die unterzeichneten italienischen Abgeordneten, sämtlich politische Flüchtlinge, fragen sich nun, ob es möglich und schließlich ist, daß ein derartiges Zerbröckeln einer politischen Vertretung, daß eine solche pseudo-konstitutionelle oder vielmehr an-konstitutionelle Lüge das Recht habe, an einer interparlamentarischen Versammlung teilzunehmen, deren erklärtes Ziel und stillschweigende Voraussetzung die Verteidigung der parlamentarischen Einrichtungen und des internationalen Friedens ist.

Sie legen diese Frage der Berliner Konferenz in formeller Weise vor, im Interesse des Ernstes und der Bedeutung der Aufgaben, welche diese Konferenz zu erfüllen hat. Und sie stellen an den Beteiligten und an das Komitee dieser selben Konferenz die respektvolle Bitte, die vorliegende Protestkundgebung der erlauchten Versammlung bei Beginn ihrer Tagungen zur Kenntnis bringen zu wollen.

Das Schreiben trägt folgende Unterschriften:

Filippo Amedeo, Mario Bergamo, Alessandro Bocconi, Bruno Buozzi, Eugenio Chiesa, Cipriano Facchinetti, Arturo Labriola, G. E. Modigliani, Oddino Morgari, Claudio Treves, Filippo Turati.

Geiste dieser Friedensliebe rufe ich Ihnen zu: Herzlich willkommen!

Die Begrüßungsworte des Reichstagspräsidenten wurden mit herzlichem Beifall aufgenommen.

Kleine Anfrage.

Oder: Deutschnationale Erziehung zur Staatsgefinnung.

Die spontane Auflehnung der Jugend des Bernar-Siemens-Realgymnasiums gegen die Mißachtung des Verfassungstages durch die Schulleitung gibt der Deutschnationalen Partei Anlaß, einen Kreuzzug gegen die Schuljugend zu initiieren. Der gesamte Presseapparat wird in Bewegung gesetzt, und eine kleine Anfrage im Landtag versucht obendrein, den Staatswahnwau auf die müßige Schulleitung zu hegen. Da wird ein lautes und breites von Störung unbekannter politischer Hege, Abmahnung der Dienstfreudigkeit der Lehrerschaft und Erziehung der „Erziehung zur Staatsgefinnung“ beklönt und zum Schluß neben einer „Untersuchung gegen die schuldigen Hege“ gefordert, „unvergänglich eine Schulordnung zu schaffen, die ein öffentliches Vorgehen unmündiger Schüler gegen ihre Lehrer verhindert und den Schulen wieder die Möglichkeit gibt, unter Ausschaltung politischer Treiberkreise in Ruhe ihrem verfassungsmäßigen Zwecke zu leben“.

Als die politische Leitung der „Deutschen Studenten-schaft“ die Staatsautorität auf der Nase herumtanzen zu können glaubte und in einem selten kläglichen Feldzug die Selbstverwaltung der Studentenschaft zunichte machte, suchte man derartige Töne in der Deutschnationalen Partei vergebens. Damals stellte man sich auf die Seite jener Hege, die sich über Verfassung, Gesetz und Schulverwaltung hinwegzusetzen versuchten. Heute verlangt man nach Zwangsmaßnahmen gegen Schüler, die den Mut ausdrachten, einer Schulleitung, die ihre Zeit verschlafen hat, zu zeigen, daß sie ein herzlicheres Verhältnis zu Verfassung und Republik haben als jene.

Das mag deutschnationale Logik sein, die Erziehung zu einer Staatsgefinnung, wie die Republik sie braucht, wird durch sie aber nicht gefördert, und deswegen kann das aufgeregte Wesen der deutschnationalen Gralshüter allen aufrechten Republikanern nur ein Zeichen mehr dafür sein, daß die republikanische Staatsgefinnung sich auch da durchsetzt, wo schwarzweiße Gris-grame sich hinter „Dienstfreudigkeiten“ und „verfassungsmäßigen Zwecken“ betriechen.

Arbeiterchaft und Staat.

Eine Rede Karl Renner.

Kassel, 22. August.

Auf der Heimkehr von der Brüsseler Sozialtagung sprach unter Genosse Dr. Karl Renner, der erste Staatskanzler der Republik Deutschösterreich, in öffentlicher Versammlung der Sozialdemokratischen Partei über die weltpolitische Lage. Er führte u. a. aus: „Weltwirtschaft geht über Nationalwirtschaft. Der Weltkrieg und seine Auswirkungen haben neue Stürme der kapitalistischen Wirtschaft erzeugt. Die neue Wirtschaftsentwicklung verläuft naturgemäß auch andere weltpolitische Tendenzen. Trotz dem internationalen Kriegsausgangspunkt wird überall in der Welt weitergerüstet. Die Hauptkriegsgefahr bildet die verfechtete Grenzfestsetzung durch die Friedensdiktatur. Deutschösterreich ist ein trasses Beispiel dafür. Dieses Land, das mit Deutschland auf das engste verbunden ist, verlangt den Anschluß an das Reich. Kein Staat findet heute wegen der Eigenart seiner nationalen Politik die Kraft zu internationaler Verständigung. Das schafft eine dauernde Quelle nationaler Gegensätze und verstärkt die Kriegspyphologie der Völker. Die Bevölkerung des Fernen Ostens bildet, weil sie selbst in die Gefahren kapitalistischer Entwicklung eingetreten ist, ebenso wie der Bolschewismus eine Gefahr für den Weltfrieden. So besteht die Tendenz eines neuen Zusammenstoßes der Arbeiterchaft. Diejenigen Schichten des Bürgertums, die nicht an den Kapitalismus gebunden sind, haben alles zu tun, um zu verhindern, daß die wirtschaftlichen Streitigkeiten mit den Vätern ausgetragen werden. Die Arbeiterchaft muß sich mehr um den Staat kümmern. Wenn sie es nicht tut, um neben-sächlich Dinge willen sich des Einflusses auf den Staat begibt, bindet sie sich selbst die Arme, mit denen sie gepöckelt wird.“

Der englisch-französische Geheimvertrag

Ab- oder Aufrüstung ist hier die Frage.

London, 22. August. (Eigenbericht.)

Die Beunruhigung über die Geheimhaltung des englisch-französischen Flottenkompromisses ist durch das halbamtliche französische Communiqué in England eher verstärkt als abgeschwächt worden. Die Stimmen mehrten sich, die sofortige volle Aufklärung der Öffentlichkeit fordern.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht eine amtlich inspirierte Meldung, in der es heißt, daß es überhaupt kein englisch-französisches Flottenabkommen oder gar eine Entente gebe, sondern lediglich ein Kompromiß, um die Arbeiten der vorbereitenden Entwaffnungskommission über den letzten Punkt hinwegzubringen. Großbritannien habe in der Frage der militärisch ausgebildeten Reserven der Landarmee nachgegeben, um wenigstens ein Minimum an Rüstungsbeschränkungen zu sichern und zu verhindern, daß die Entwaffnungskommission endgültig scheitere. Der „Manchester Guardian“ sagt dazu, das Flottenabkommen möge sich tatsächlich als völlig harmlos erweisen. Weniger harmlos sei jedoch der Preis, den Großbritannien dafür gezahlt habe, indem es zur Ausschließung der ausgebildeten Reserven von Rüstungsbeschränkungen seine Zustimmung gegeben habe. Der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, er habe

Grund anzunehmen, daß das Abkommen nicht auf Flottenangelegenheiten beschränkt sei.

Das Wort fragt Lord Cushing, den Stellvertreter des Außenministers: Enthält das wirkliche Abkommen Bestimmungen, die einer defensiven und offensiven Entente bedenklich nahekommen? Ist es wahr, daß das Abkommen maritime Einflusssphären abgrenzt und Frankreich hier, England dort Rechte zur See einräumt? Ist es wahr, daß das wirkliche Abkommen ein Kompromiß hinsichtlich der Bewaffnung zu Lande enthält und gemeinsame Beratung der beiden Generalstäbe vorsieht? Enthält das Abkommen Bestimmungen hinsichtlich der Beziehungen der Luftfahrtruppen Englands und Frankreichs?

Der konservative „Evening Standard“ beklagt sich, daß in dieser für England lebenswichtigen Frage des Flottenabkommens die englische Öffentlichkeit schlechter informiert sei als irgendein anderes Land Europas.

Erregung in Washington.

Staatssekretär Kellogg hat durch den USA-Botschafter der britischen Regierung mitteilen lassen, daß er keine Zeit habe, nach dem Besuch Irlands sich in London aufzuhalten. Er fährt dann direkt über Southampton nach New York. Das ist mehr als deutlich!

Ein Name wird geändert.

Das französische „Kriegsministerium“ soll „Heeresministerium“ heißen.

Paris, 22. August.

Dem auf kommenden Donnerstag einberufenen außerordentlichen Ministerrat wird Kriegsminister Painlevé einen Geleitschutz zur Umänderung des Namens „Kriegsministerium“ in „Heeresministerium“ unterbreiten. Painlevé stellte in Abrede, daß diese Veränderung in Zusammenhang mit dem Kellogg-Pakt stehe. Diese lasse jedoch den schließlichen Widerspruch erkennen, der zwischen der moralischen Verurteilung des Krieges und seiner tatsächlichen Bestände, die ausdrücke, daß der Krieg eine normale und geschlossene Notwendigkeit sei. Anders Frankreich durch eine neue Seite bestärkt, daß sein Heer im Dienste des Friedens stehe, vermehre Frankreich, ohne seine materielle Macht zu schwächen, seine moralische Stärke und trage zur europäischen Wiederveröhnung bei.

Frankreich will jetzt nachholen, was das republikanische Deutschland schon längst hat: kein Kriegsministerium, wie zu Wilhelms Zeiten, sondern ein Reichswehrministerium. Allerdings genügt die Veränderung eines Namens nicht; viel wichtiger ist, daß alle Nationen von dem Willen besetzt sind, alles zu beseitigen, was einer dauernden Verständigung entgegensteht. Dazu gehört, um zwei aktuelle Dinge zu nennen, die Abrüstung und die Räumung...

In Rom wird Frankreich offiziell beschimpft.

Paris, 22. August. (Eigenbericht.)

Die Heimkehr der italienischen Studenten von den internationalen olympischen Spielen in Paris gab in Rom zu stürmischen antifranzösischen Kundgebungen in den Straßen Anlaß. Gleich nach der Ankunft der Studenten durchzogen studentische Manifestanten die Stadt. Auf der Piazza Colonna hielt der Generalfeldherr Turati eine Rede voll heftiger Ausfälle gegen Frankreich und Paris. Er sagte u. a., die Franzosen hätten das Lateinische in ihrem Ursprung vergessen. Frankreich könne heute die Schande für sich in Anspruch nehmen, alle Pflichten der Gastfreundschaft mit Füßen zu treten zu haben, und die Zeit werde kommen, in der sich die faschistische Zivilisation mit anderen Zivilisationen auseinandersetzen werde. Das Schicksal werde den Sieg den jungen und nicht den alt gewordenen Völkern zuteilen.

Auflösung der Gutsbezirke. In den nächsten Wochen werden die Beschlüsse des Staatsministeriums über Auflösung der Gutsbezirke lautend herausgegeben werden. Diese Beschlüsse werden sämtlich mit Wirkung vom 30. September 1928 ergehen. Damit wird die überwiegende Anzahl der Gutsbezirke mit dem 1. Oktober aufhören zu bestehen.

Die gestohlene Schulkasse. Wie der Landrat des Saatkreises mitteilt, ist in der Nacht nach dem Verlassungstage in Brachwitz die Reichsschule, die auf der Schule gehört war, gestohlen worden. Inzwischen hat man den Täter ermittelt. Es ist ein Gutsbesitzer Hugo Glits aus Gimmich. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Schobers Raub. Der Wiener Polizeibeamte Hackenberg, Mitglied der verbotenen freien Polizeigewerkschaft, wird vom Präsidenten Schober und seinen Gehilfen auf das gefährlichste verfolgt, seitdem er als Zeuge vor Gericht wahrheitsgetreu die brutale Mißhandlung eines am 15. Juli 1927 Verhafteten auf der Wache bekundet hat.

Der Zweibrücker Polizei-Oberkommissar Bauer ist immer noch in französischer Haft. Die deutsche Verteidigung hat abermals beim kommandierenden General Hoffentstellung beantragt.

Die Losen von L. 55, jenem englischen U-Boot, das im Krieg gegen Sowjetrußland gesunken war, und jetzt von den Russen gehoben worden ist, sollen durch ein britisches Kriegsschiff aus Kronstadt abgeholt werden. Das bei Moskau abgelehnt, Abholen durch Handelschiff aber gestattet.

Hurra, ein neuer Mbret.



Brot und Zirkusspiele gaben die alten Römer ihren Völkern. — Mussolini gab den verhungerten Albanern einen albernen Clown aus seinem Faschistenzirkus.

Straßenschlacht in Riga.

Beim Protest gegen die Auflösung der linksradikalen Gewerkschaften.

Riga, 22. August. (Eigenbericht.)

In Riga kam es heute zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitern, in deren Verlauf die Beamten ihrer Waffen gebrauchten. Die Zahl der Leicht- und Schwerverletzten ist außer gewöhnlich hoch.

Regierungsbericht.

Riga, 22. August. (WZB.)

Der von den unabhängigen Sozialisten und den kommunistischen Gewerkschaften proklamierte einseitige Generalstreik zum Protest gegen die Schließung des extremistischen Rigaer Gewerkschaftsbüros ist als gescheitert anzusehen. Kaum ein Viertel der Rigaer Arbeiterschaft hat die Streikparole befolgt. Das Straßenbild der Stadt ist unverändert und der Verkehr überall normal. Die Polizei verhaftete etwa 400 Personen wegen gewalttätiger Verjüngung, Straßenbahnwagen aufzuhalten, die Arbeiten im Hafen stillzulegen und Demonstrationen zu veranstalten. Bei diesem Eingreifen der Polizei erlitten einige Polizisten Verletzungen. In der vorigen Nacht wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das sozialistische Zentralschreibbüro der Gewerkschaften Lettlands sowie die Sozialdemokratische Partei nahmen entschieden Stellung gegen die überstürzte Proklamierung des Generalstreiks und bezeichneten das Vorgehen der Extremisten als eine Provokation.

Die Regierung droht.

Telunion meldet: Anlässlich der bevorstehenden Verkündung des endgültigen Gerichtsurteils hatten die unabhängigen Sozialdemokraten den Generalstreik angelegt, dem jedoch nur etwa 3000 Arbeiter, darunter auch die Hafenarbeiter, Folge leisteten. Am

Vormittag versammelten sich in der Umgebung des Gerichtsgebäudes große Arbeitermassen. Gleichzeitig versuchte ein geschlossener Zug von demonstrierenden Arbeitern mit roten Fahnen unter Abhängung der Internationale durch die polizeiliche Absperrung vorzubringen. Verärgerte Polizei griff ein. Erst nach erbittertem Kampf gelang es, die Menge auseinanderzubringen. In einer anderen Stelle kam es zu einem Feuergefecht. Gegen Abend war die Ruhe wiederhergestellt. Innenminister und Ministerpräsident haben zur Ruhe aufgefordert; weitere Versuche zur Unruhe stiftung würden im Keim erstickt werden. Die Regierung habe genügend Mittel, um Herr der Lage zu bleiben. Es handele sich um Wahlmanöver der Linksparteien. Die Schuldigen würden streng bestraft werden.

Das Gericht hat beschlossen, die abschließende Verhandlung über die Auflösung der linken Gewerkschaften auf Anfang September zu verlegen.

Litauen meldet Grenzkonflikte.

Kowno, 22. August.

An der Demarkationslinie im Grenzbezirk des Kreises Trakai feuerten, einer Blättermeldung zufolge, am 20. August polnische Soldaten aus einem Bunker auf den litauischen Grenzposten. Am Abend desselben Tages beschossen polnische Soldaten einen anderen litauischen Grenzposten. In der darauffolgenden Nacht kam es sodann zu einem regelrechten Feuergefecht zwischen den polnischen und litauischen Grenzposten. Die Polen überfielen die litauische Grenzposten, die sich vor der polnischen Übermacht zurückziehen mußte. Als am Morgen die litauische Grenzposten Verstärkungen erhalten hatten und wieder zur Demarkationslinie vordrang, hatten sich die Polen zurückgezogen. Vor ihrem Rückzug hatten sie einen Grenzpfahl weit in das litauische Gebiet vorgerückt. Der Pfahl wurde an die alte Stelle gebracht.

Demokraten und Panzerkreuzer.

Die demokratischen Minister verteidigen sich.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ teilt mit: Nachdem über die Haltung der demokratischen Minister im Reichskabinett zu der Frage des Baues des Panzerkreuzers widersprechende Meldungen in die Presse gelangt sind, hat der Demokratische Zeitungsdienst über die Gründe, die die demokratischen Minister zur Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers veranlaßt haben, folgende Auskunft eingezogen:

Die demokratischen Minister haben ihre Meinung, daß der Bau des Panzerkreuzers politisch unerwünscht und militärisch unzweckmäßig ist, nicht geändert. Die politische Lage machte aber den Versuch, den vom Reichstag beschlossenen Bau des Panzerkreuzers zu Fall zu bringen, aussichtslos. Eine Zustimmung derjenigen Minister, die für den Bau sind, zu einer Sanktionierung war unerreichbar. Im Reichstag ist auch nach den Neuwahlen eine Mehrheit für den Bau vorhanden. Die demokratischen Minister hätten also nur die Möglichkeit, zum Zeichen des Protestes gegen den Bau von ihrem Amte zurückzutreten und die Koalition zu sprengen. Sie haben sich dazu nicht entschlossen. Und zwar haben sie ihre Stellungnahme gefaßt ohne von einer anderen Partei beeinflusst worden zu sein oder ihrerseits eine andere Partei beeinflussen zu haben. Maßgebend für ihre Haltung war die Aufrechterhaltung der Koalition. Keine Koalition im Reich wird bestehen, wenn jede Partei in allen Fällen auf ihren Grundföhen beharrt. Es hätte der seit fast einem Jahrzehnt verfolgten Politik der Deutschen Demokratischen Partei widersprochen, wenn man um einer einzelnen, wenn auch noch so schwerwiegenden Frage willen die Regierung zum Rücktritt gezwungen und die hoffnungslosen Anläufe zu einer zielbewußten Regierungspolitik zerstört hätte. In dieser Ueberzeugung glauben

die Minister die Mehrheit der Partei hinter sich zu haben. Sie sind jederzeit bereit, diesen Standpunkt vor den Parteinstanzen zu vertreten.

Irak mußt auf.

Der Premierminister gegen britische Ausfandung.

London, 22. August.

Im Verlauf der Cinqsdebattte ist es im Irakparlament zu Auseinandersetzungen über die Frage der Tragung der Unterhaltskosten für die englischen Truppen gekommen. Der Premierminister sagte, „England habe im Irak so viele und bedeutende Interessen zu hüten, daß es ungerecht sei, wenn es vom Irak verlange, daß er die Differenz trage, die aus der Verwendung und Stationierung von Truppen im Irak gegenüber deren normalen Unterhaltskosten in einer englischen Garnison resultiere. Es könnte sehr leicht sein, daß England es eines Tages für notwendig halte, noch weitere Truppen nach dem Irak zu entsenden, wodurch Kosten entstehen könnten, die der Irak einfach nicht imstande sei zu tragen, während der Ruhezustand solcher Aktionen ausschließlich den englischen Interessen zugute komme.“

In den Arbeiterkreisen Bekings hat die chinesische Polizei gehäusucht, weil die Arbeiter sich nach dem Verbot der Gewerkschaften zu Geheimverbänden zusammenschließen haben sollen. Es gab zahlreiche Verhaftungen und blutige Schlägereien mit der Polizei.

Englisches Luftfahrmaterial ausgeliefert. Der im Londoner Luftfahrtministerium angestellte Taylor wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er geheimzuhaltende Mitteilungen an eine nicht empfangsberechtigte Person weitergegeben hat.

Vor dem Aufstieg des „Graf Zeppelin“
Die Füllung des Luftschiffes beginnt.

Nachdem die letzten Schwierigkeiten, die bei der Einrichtung der neuen Brenngasfabrik entstanden waren, behoben worden sind, ist es nun in Friedrichshafen endlich so weit, daß die Vorbereitungen für den ersten Aufstieg des „Graf Zeppelin“ getroffen werden können.

Das Fahrprogramm steht noch nicht fest. Selbstverständlich wird der Luftschiffbau Zeppelin sobald als möglich den aus allen Teilen des Reiches und auch aus dem Auslande noch immer eintreffenden Wünschen, den aus der Zeppelin-Gesellschaft erbauten Luftkreuzer in den verschiedenen Orten zu zeigen, nachkommen.

Ob diese größeren Fahrten alle unmittelbar im Anschluß an die ersten Probefahrten erfolgen, läßt sich allerdings noch nicht sagen, da es durchaus möglich ist, daß bei günstiger Wetterlage über dem Ozean zunächst die Fahrt nach Amerika angetreten wird.

Auf dem Gelände des Staaken Luftschiffhafens werden in allernächster Zeit die Bauarbeiten für die Landung und den Aufenthalt des neuesten deutschen Zeppelin-Luftschiffes beginnen.

Zwischen den maßgebenden Stellen, dem Reichsamt und der Zeppelin-Gesellschaft, schweben zurzeit noch Verhandlungen darüber, in welcher Weise der Andrang am Tage der Landung und später organisatorisch geregelt werden soll.

Straßenbahn und Eisenbahn werden durch Sonderdienste namentlich den Hauptstuf nach der Landung abzufangen versuchen. Am ersten Tage wird es nicht möglich sein, das Verkehrsflugzeug innen zu beschäftigen, denn nach allen bisherigen Erfahrungen würde selbst stärkster polizeilicher Schutz den Sturm auf den „Grafen Zeppelin“ kaum verhindern können.

Die Aufstellung des Ankerastes, dessen Konstruktion in Friedrichshafen fertiggestellt ist, wird etwa in vier Wochen auf dem Staaken Gelände beginnen.

Runze macht es wie Heildorf. Der rasend gewordene Knüppel.

Gestern berichteten wir im „Vorwärts“ über die Verurteilung des früheren völkischen Landtagsabgeordneten Grafen Heildorf wegen fahrlässiger Tötung.

Dem völkischen Borkämpfer, Stadtoverordneten in Berlin, Richard „Knüppel“-Runze, scheint das Vorbild des Grafen und Befinnungsfreundes keine Ruhe gelassen zu haben.

Vor einigen Tagen brachte er an der Straßenkreuzung Bülow- und Potsdamer Straße durch rücksichtsloses Fahren mehrere Fußgänger in Gefahr.

Bei der Arbeit verunglückt. Von einer Lore togedrückt.

Auf einem Neubau in der Friedrich-Karl-Straße 35 in Zehlendorf ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Unfall. Beim Abtransport von ausgeschachteten Sandmassen mit einem Feldbahnzug stürzte eine Kipplore um.

unglücklich mit inneren Verletzungen in das Hindenburg-Krankenhaus, doch trotz bereits auf dem Wege dorthin der Tod ein.

Vor dem Hause Banghansstr. 105 geriet gestern nachmittag der 40jährige Rutscher Otto Sommerfeld, aus der Kolonie „Hoffnung“, unter die Räder des eigenen Wagens und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Bei Reparaturarbeiten an einem Fahrstuhl im Hause Leipziger Str. 75 glitt der 40jährige Monteur Franz Pавлиk, Schlemannstr. 67, aus und stürzte in den Schacht hinab.

Unwetter an der Küste.

Der Blitz erschlägt ein Kind - Ernteschäden.

Hamburg, 22. August.

Ein gestern über verschiedene Teile Schleswig-Holsteins niedergelagertes außerordentlich schweres Gewitter hat beträchtlichen Schaden angerichtet. In Kirchbarkau schlug der Blitz in das Haus eines Landwirts, das mit der gesamten Ernte ein Raub der Flammen wurde.

Rostock, 22. August. (Zll.)

In der mecklenburgischen Düstereüste gingen in der letzten Nacht schwere Gewitter nieder, die unter dem in Heden auf den Feldern stehenden Korn Schaden anrichteten.

Der vermisste Bolontär.

Ist er ausgerückt?

Seit 15. August wird ein 19 Jahre alter Bolontär Erich Raumann aus Charlottenburg vermisst, der bei einer Bank im Zentrum der Stadt beschäftigt war.

Er hatte den Auftrag, an jenem Tage zwei Schecks zu 5000 und 10000 Mark bei einer anderen Bank einzulösen.

Es scheint, daß der junge Mann sich in irgendeinem Geschäft neue Kleidung beschafft und das alte Zeug, mit dem er sich nicht schleppen wollte, einfach im Walde weggeworfen hat.

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen überseht von R. Hauser.)

Gleichsam als Antwort auf diese Veränderung, die mit ihm vor sich ging, erhob er sich auf eine würdevolle, überlegte und beherrschte Art. Er räusperte sich und streckte seine Rechte aus: „Hör, Leute, ich hatte einen süßen, als ich hier reinfam. Ich wußte gar nicht, was ich tat. Eben erst kommt mich daran erinnern, zu wem ich sprach, und 's hat mich beinahe tot hingeschlagen. Seht ihn euch an!“

„Das ist 'ne Lüge!“ Mulligan schrie, plötzlich aufschreckend, und spreizte seine Hände und Füße nach unten und nach außen, als rastete er erschöpft nach einem Rennen. Sein Gesicht war entsetzt von Furcht, Verblüffung und Wut.

Erregt schrie Gypo: „Ha, mein Bürschchen. Keiner wird auf deinen Schwur hören. Für 'nen Spießel ist's 'ne leichte Arbeit, Erde zu schwören.“

Niemals...“ begann Mulligan wieder. Aber zwei Bewaffnete schnitten ihm das Wort ab, indem sie ihn bei den Armen griffen und gewaltsam rückwärts zu seinem Sitz zogen und ihm ein Taschentuch über den Mund banden.

Zur selben Zeit rastete Gallagher mit der Pistole in der Hand aus dem Untersuchungszimmer über den Gang. Sein mageres, hohlwangiges Gesicht glühte vor Ärger, die Augen funkelten wie Feuer. Einem schlüchtigen Augenblick sah er auf Gypo. Es war nicht mehr der kalte, verächtliche und gönnerhafte Blick, mit dem er ihn in der Kneipe angesehen hatte, es war ein Blick rüchhaltigen, drohenden Hasses.

Gypo ging led über den Gang, mit schwingenden und zuversichtlich an. Er wies auf den zitternden Mulligan: „Hier ist er. Er weiß schon, daß alles von ihm rausgekommen ist. Er fiel in Krämpfe, als ich's ihm auf den Kopf zusagte. Das tat er.“

Dann riß er den Mund auf und ließ ein rauhes Lachen hören.

Gallagher lächelte Gypo schwach in die Augen hinein. Es lag etwas Teufelisches, Unmenschliches in dem Lächeln. Eistig sagte er: „Kommt mit, ihr zwei Zeugen. Du, Nolan, und du, Mulligan. Man braucht euch jetzt bei der Untersuchung. Führt sie rein, zwei von euch!“

Gypo ging led über den Gang, mit schwingenden Schultern, die Brust herausgedrückt, den Kopf in der Luft. Mulligan mußte geführt werden. Auf dem ganzen Weg schluchzte er krampfhaft. Die beiden Wachen nahmen mit gezogenen Revolvern ihren Posten an der Tür wieder ein, jetzt indessen dem Gang den Rücken zuwendend.

Sie befanden sich den zwei Zeugen gegenüber, die Seite an Seite auf einer kleinen Bank saßen, die vor einem größeren Tisch stand. Die beiden Bewaffneten, die Gypo und Mulligan ins Zimmer geführt hatten, standen dicht hinter ihnen. Die drei Richter hielten zwischen sich und Gypo und Mulligan den großen Tisch. Gallagher sah an dem kleinen Tisch zur Rechten und Mühsand spächte — dicht hinter ihm stehend — über seine Schulter auf das, was er las. Rechts von den Richtern befand sich Mary McPhillip auf einer Bank allein. Einige Augenblicke herrschte tödliches Schweigen. Man konnte hören, wie von der feineren Decke auf den Steinboden nah an der Mauer Wassertröpfen fielen, einer nach dem anderen, in unregelmäßiger Folge.

Sobald Mulligan seinen Namen erwähnen hörte, versuchte er aufzuspringen, aber der Mann, der hinter ihm stand, hielt ihn nieder. Gleichzeitig legte Gypo seine Hand auf Mulligans Schenkel und machte mit dem Kopf eine drohende Bewegung. Er grüßte: „Wißt du dich wohl ruhig halten Ratten!“

„Peter Mulligan,“ sagte Gallagher, „gib Rechenschaft, wo du dich von heute mittag bis Mitternacht, wo du hierhergebracht worden bist, aufgehalten hast.“

Mulligan blühte einige Zeit auf Gallagher, bevor er Antwort gab. Offenbar versuchte er zu sprechen. Seine

Wippen bewegten sich, Entsetzen aber presste seine Jungenspitze gegen die Oberzähne. Er konnte nur stammeln. Schließlich löste sich ihm die Zunge, und eine Flut von Worten brach hervor, unzusammenhängend, fast unartikuliert, wie das Bellen eines Hundes. Dann rang er nach Atem und hielt inne. Als er fortfuhr, ging seine Rede regelmäßig, beinahe ruhig. Er war von jenem sinnlosen Mut befallen, der nervöse und furchtsame Menschen befällt, wenn sie sich in einer Lage befinden, wo es nutzlos ist, vorsichtig zu sein oder irgendwelche Selbstbeherrschung zu üben.

„Was soll diese Behandlung eines Arbeitsmannes bedeuten? Gerade von euch, ihr Männer, von denen man erwarten sollte, daß ihr auf die Freiheit der arbeitenden Klasse aus seid. Könnt ihr niemand anders finden zum Verhaften und zum Verschleppen in der Nacht als mich, wo ich von den Füßen weg an der Auszehrung sterbe? Und joo ich trotzdem immer noch von meiner Hände Arbeit leben muß, von meinem Geschäft mit Fäden und Näden unten in 'nem Keller, der mehr 'ne Höhle von 'nem milden Tier ist als 'ne Stube. Mich, der ich...“

„Mulligan,“ unterbrach Gallagher ungerührt und scharf, „ich frage dich, wo du gewesen bist zwischen heute mittag und Mitternacht. Mach' deine Aussage besser schnell. Wir haben keine Zeit zu verlieren.“

Mit einem Schlag verschwand Mulligans kurzlebige Anmut. Er sah sich nach allen Seiten Mitteln beschend um, aber er sah nur unerhütterliche, gefühllose Gesichter. Er seufzte und steckte die Hände tief in die Manteltaschen. Dann zog er die Taschen dicht an seinen Leib heran und froh auf seinem Sitz in sich zusammen.

Mit schwächerer, furchtsamer Stimme, auf den Boden starrend, fing er an zu sprechen: „Laßt sehen: heute mittag, oder woll'n wir sagen um die Essenszeit, wenn's euch gleich ist, lag ich zu Bett. Ich hatte den ganzen Morgen böse Schmerzen von Bronchitis, und darum mußte ich im Bett bleiben. So gegen eins herum gab mir die Frau 'ne Tasse Tee und 'n Ei. Ich erinnere mich, das Ei konnt' ich nicht essen. Na, das ist ja gleich. Ich mußte dann aufstehen wegen 'nem Anzug, den ich machen muß für Mick Frolen, den Kartentuischer. Am Freitag soll er fertig sein. Seine Tochter heiratet nächsten Montag den...“

Gallagher schnappte: „Laß die Tochter weg. Was hat die mit dem zu tun, was du gemacht hast. Erzähle von dir selbst.“

(Fortsetzung folgt.)

„Matrosenalbert.“

Berlin gefährlichster Aus- und Einbrecher.

Bei einer Verhandlung, die vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stattfand, wurde einer der raffiniertesten Aus- und Einbrecher Berlins wieder einmal zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung zeigte, daß der Erlös, den die Einbrecher auch bei großer Beute erzielen, oft in keinem Verhältnis zu dem Wert des Diebstahls stehen.

Als „Leitungsvorstand“ hatte der Elektrotechniker Fritz Baumann aus Beeskow in den letzten Jahren viel von sich reden gemacht. Unter anderem verübte er 1921 in Berliner Hotels zahlreiche Diebstähle, wobei ihm stets hohe Werte in die Hände fielen. Zahlreiche Gefängnisstrafen hinderten nicht, daß der Verbrecher, als er im Dezember v. J. wieder einmal die Strafanstalt verlassen hatte, seinem alten Erwerb wieder nachging. Dabei erbeutete er im März in einer Villa in der Regentenstraße für 100 000 M. Schmuckstücke, darunter eine Kette mit 68 Perlen im Werte von 50 000 M. Sein ständiger Abnehmer war der aus Mitleina stammende Albert Baumann, genannt „Matrosenalbert“, ein Hübnere von Gestalt, der in einschlägigen Kreisen durch seine Tätowierungen bekannt ist. Baumann, ein berufsmäßiger Geschäftseinbrecher, ist schon mehrmals aus Gefängnissen ausgebrochen, auch aus der „Grünen Minne“ entwichen. Als er einmal kurz vor der anstehenden Verhandlung klagte, schrieb er dem Gericht folgenden Brief: „Hohes Gericht! Ich bitte, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich zum Termin nicht komme, da ich so schön aus der „Grünen Minne“ ausgeflogen bin.“ Als er einmal in seiner, im dritten Stock gelegenen Wohnung festgenommen werden sollte, entwich er durch ein hinter einem Schrank befindliches Loch in die Nebenwohnung und kletterte in aller Ruhe an dem Blickbleiter hinunter. Diese Vorgänge veranlaßten den Vorsitzenden einer Strafkammer zu den Worten: „Ich muß Ihnen vorhalten, daß Sie Berlins gewalttätigster, größter und gefährlichster Ein- und Ausbrecher sind.“ Dieser Ansicht des Richters verwarf Baumann vor der gestrigen Verhandlung gerecht zu werden, indem er dem Aufseher in seiner Zelle zu Hilfe ging, ihn gegen die Wand warf und dem Beamten die Kehle zudrückte, so daß das Gericht gezwungen war, besondere Sicherheitsmaßnahmen im Saale zu treffen.

Da „Matrosenalbert“ nicht mehr wollte, den Einbrecher zu spielen, übernahm er das weniger gefährliche Amt eines Heblers. Er wartete jedesmal in der Nähe des Hauses, in dem Raubakt arbeitete und nahm diesem die Beute für einen Spottpreis ab. Für die in der Regentenstraße gestohlenen Schmuckstücke, die mit 25 000 Dollar versichert waren, zahlte der Hebler seinem Freunde Baumann ganze 225 Mark. Baumann selbst will von dem zweiten Abnehmer, dem Goldschmied Kappeler, der in der Friedrichstraße einen kleinen Laden betreibt, auch nur 250 M. erhalten haben. Wo die wertvolle Beute geblieben ist, ließ sich bis heute und auch kaum noch feststellen, da Kappeler kurze Zeit nach seiner Haft wieder freigelassen wurde. Der Goldschmied erzählte, er hätte, als er von dem Diebstahl erfuhr, die Schmuckstücke auf dem Polizeipräsidium abgeben wollen, habe Angst bekommen, und sei durch einen Unbekannten am Alexanderplatz verschwinden lassen, der sich nicht wieder sehen ließ. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte Baumann und Baumann unter Zuhilfenahme mildernder Umstände, die mit geistiger Minderwertigkeit begründet wurden, zu nur je zwei Jahren Gefängnis, den Jüngsten Kappeler wegen einfacher Heblerei zu einem Jahr Gefängnis. Die Angeklagten erklärten, daß sie sich mit diesem Urteil nicht zufrieden geben würden.

Eine unangenehme Vermittlerin.

„Frau Saalborn“ und ihre Portierstellen.

Wie fast alljährlich zum Semesterabschluss, findet sich auch jetzt wieder eine Schwindlerin ein, die Stellen vermittelt.

Sie sucht besonders Bildnerinnen auf, die einen anderen Posten wünschen, und erbetet sich, ihnen eine gut bezahlte Stelle zu verschaffen. Mitunter begleitet sie auch ein Mann, der dann würdevoll den „Herrn Wirt“ spielt. Für ihre Vermittlung läßt sich die Betrügerin einen Vorschuß zahlen, der nach der Höhe des ausgebotenen Gehalts berechnet wird, und verschwindet, um nichts mehr von sich hören zu lassen.

Neben diesem Stellenwechsel betreibt die angebliche Frau Saalborn noch den Darlehnsbetrug. In Wortorten erscheint sie bei Hausbesitzern, erklärt, daß ihr Auto auf der Landstraße zusammengedrückt sei und daß ihr zur Reparatur etwa 100 Mark fehlten. Sie gibt eine Berliner Adresse an und erhält in den meisten Fällen das gewünschte Darlehen. Natürlich ist weit und breit weder ein beschädigtes noch ein anderes Auto zu sehen.

Wie die Gaunerin wirklich heißt und wo sie ihren Unterschlupf hat, ist noch nicht festgestellt.

Die rücksichtsvolle Aboog.

Wir erhalten diese Zuschrift:

Wer Gelegenheit hat, einmal mit dem Autobus Zehlendorf—Wannsee—Potsdam (Ständer Brücke) zu fahren, kann die „rücksichtslose Aboog“ (die von der „Aboog“ gegenüber einigen Bevölkerungsteilen gezeigt wird, lernen kennen. In annehmbarer Tempo fährt der „Bus“ die Potsdamer Chaussee entlang, biegt dann in die Wannseestraße ein, — und das Tempo verringert sich derartig, daß es einem Fußgänger beinahe möglich ist, Schritt mit dem „Bus“ zu halten. Der Fahrgast, der sich wandert und dem Schaffner fragt, ob vielleicht der Motor defekt, oder das Benzol alle sein sollte, wird zu hören bekommen: Die Anlieger der Wannseestraße, meistens Willenbesitzer, haben sich bei der „Aboog“ beschwert, daß das Rattern und Knattern des Autobus sie in ihrer Ruhe störe, — und der Wagenführer bekomme die Anweisung, diesen Herrschaften zu sehr langsamer zu fahren. Wenn diese Rücksichtnahme allgemein von der „Aboog“ geübt werden soll, dann werden die Fahrgäste bald verschwinden! Aber die Arbeiterfamilien im Osten und Norden brauchen ja keine Ruhe! Ruhe haben die Wannseer Willenbesitzer notwendig. Wenn aber im Norden Arbeiter um diese Rücksichtnahme bitten würden, was würde die „Aboog“ antworten??

Kenton beim Verein deutscher Ingenieure.

Gestern vormittag fand zu Ehren des zurzeit in Berlin weilenden Chefs der New-Yorker Feuerwehr, John Kenton, auf eine Einladung des V.D.I. (Verein Deutscher Ingenieure) im Ingenieurhaus in der Friedrich-Ebert-Strasse ein Frühstück statt. Unter den Erschienenen befanden außer Mitgliedern des V.D.I. Vertreter der Ministerien, Behörden und der Industrie. Dr. Ing. Rötting brach in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck, daß der V.D.I. die Gelegenheit freudig wahrnehme, um die göttliche Aufnahme, die vor einiger Zeit die deutschen Ingenieure in Amerika gefunden hätten, zu erwidern und wie hoch er insbesondere den Wert dieser freundschaftlichen Beziehungen zwischen zwei Ländern wie Amerika und Deutschland einschätze. In seiner Antwort hob Minister Kenton hervor, welche starke Eindrücke er von seinem Berliner Aufenthalt nach Hause mitnehme und welche famosen Leistungen er bei der Berliner Feuerwehr gesehen habe. Was Erinnerrung an die deutsche amerikanische Gast des V.D.I. „Das Deutsche Museum“ überreichte.

Dr. Mabuses Abschiedsfest.

Ein Bechgelage mit Revolvergeschüssen.

Ein großes Bechgelage, das durch das plötzliche Erscheinen von Kriminalbeamten einen unerwarteten Abschluß fand, veranstaltete jüngst der berühmte Ein- und Ausbrecher Fritz Bergemann nach einer gelungenen Flucht aus dem Zuchthause mit seinen Freunden und Bekannten.

Bergemann, der in seinen Kreisen den Spitznamen „Dr. Mabuse“ führte, war wegen eines Einbruchs in die Amerikanische Botschaft und wegen anderer schwerer Straftaten vor längerer Zeit zu einer sehr erheblichen Zuchthausstrafe verurteilt worden. Zur Verbüßung dieser Strafe wurde er nach Brandenburg gebracht, entwich aber dort zusammen mit einigen Gefangenen und wandte sich sofort wieder nach Berlin. Hier gewährte ihm seine frühere Freundin, eine Frau Olga, die eine Baube in Friedrichsriede bewohnte, Unterschlupf. Bergemann mußte sich in dieser Baube tagsüber verborgen halten, da er wußte, daß die Polizei nach ihm und den anderen geflüchteten Gefangenen fahndete. Diese Abgeschlossenheit sagte ihm jedoch wenig an, und „Dr. Mabuse“ entschloß sich deshalb, sich wenigstens das Leben in der Baube so angenehm wie möglich zu gestalten. Mit der Frau Olga kam er dahin überein, seinen besten Bekannten ein kleines Fest zu geben. Bergemanns Absicht war, da ihm der Boden in Berlin zu heiß wurde, sich im Anschluß an dieses Fest nach Leipzig zu wenden und dann die Provinz zu bereisen. Für die Beschaffung der nötigen Getränke sollte ein Bekannter der Frau Olga, ein gewerkschaftlicher Spirituosenmarder namens Robert sorgen.

Robert versprach, die „Sache“ zu erledigen und setzte sich mit

einem Bistrierer Hans in Verbindung, der bei einer Berliner Distillationsfabrik angestellt war. Dieser hat mehrere Flaschen Wein und Likör, die in die Baube von Frau Olga geschafft wurden. Auch Zigarren und Zigaretten waren reichlich vorhanden, und es ging bei diesem Gelage, das „Dr. Mabuse“ seinem Anhang gab, überaus gemächlich zu. Als mehrere der Gäste schon reichlich ange-trunken waren, „Dr. Mabuse“ mehrmals hochleben riefen und ihm Glück zu neuen Taten in Leipzig wünschten, erschien unerwartet Kriminalkommissar Kanthack mit seinen Beamten auf der Bildfläche. Die laute Fröhlichkeit fand ein jähes Ende. Bergemann sprang über mehrere Zäune und Gärten, zog schließlich einen Revolver und schoß auf seine Verfolger. Es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, bis es den Beamten gelang, den Fliehenden einzuholen und festzunehmen. Bergemann wurde wieder nach Brandenburg zurückgebracht.

Für Frau Olga, Robert und Hans hatte das Abschiedsgelage noch ein gerichtliches Nachspiel. Hans hatte sich nämlich wegen des Diebstahls der Spirituosen zu verantworten, Robert wurde Heblerei und der schönen Frau Olga wurden Heblerei und Begünstigung zur Last gelegt. Bergemann selbst wird in einem besonderen Verfahren noch zur Aburteilung kommen.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte mußten die drei Angeklagten wohl oder übel ein Geständnis ablegen und gaben, sich strafbar gemacht zu haben. Das Urteil lautete gegen den vielfach vorbestraften Robert auf fünf Monate Gefängnis, gegen Frau Olga auf vier Tage Gefängnis und gegen den bisher noch unvorbestraften Hans auf 70 Mark Geldstrafe.

Berlin, die Stadt der Bücher.

Eine interessante Statistik.

Berlin ist heute vielleicht noch mehr als vor dem Kriege eine Stadt der Arbeit. Zahlreich sind ihre Industrien, groß ist ihr Handel. Der Stolz Berlins ist es aber, nicht nur eine Stadt der Wirtschaft, sondern auch eine Pflegestätte für Kunst und Wissenschaft zu sein. Wie außerordentlich stark das Bildungsbedürfnis des Berliners ist, zeigt die Statistik, die die Berliner städtischen Volksbibliotheken und Bibliotheken und die Stadtbibliothek für das Rechnungsjahr 1926 ausgemacht haben. Das neueste statistische Jahrbuch der Stadt Berlin, das erst vor wenigen Tagen erschienen ist, gibt diese interessanten Zusammenstellungen wieder.

Berlin besitzt nicht weniger als 100 Volksbibliotheken und 45 Bibliotheken. Rund 1 1/2 Millionen Bände wurden von den Bibliotheken im Jahre 1926 verliehen, während fast 700 000 Besucher die Bibliotheken aufsuchten. Das sind stattliche Zahlen. Sie geben aber noch keinen Aufschluß über die Art der verliehenen Werke und über die Zusammenfassung der Leserschaft. Die Berliner Stadtbibliothek hat erwerbsweise eine solche ins einzelne gehende Aufstellung vorgenommen, und man kann nun sagen, daß sie ein durchaus erfreuliches Bild gibt. Die Stadtbibliothek verleiht im Rechnungsjahr 1926 rund 1/4 Million Bücher. Ueber die Hälfte der entlehnten Bände fallen in die Abteilung „Literaturgeschichte und Dichtung“. In weitem Abstand folgen mit rund 25 000 Bänden die Abteilung „Geschichte“ und mit 18 000 Bänden die Abteilung „Erdkunde“. Die danach am meisten benutzten Abteilungen waren: Kunst (9600), Naturwissenschaft und Medizin (9500), Technik, Gewerbe, Industrie (7000), Philosophie (6500). Rund 1000 Bände wurden aus der Abteilung „Theologie“ entliehen. Von der „Bibliothek zur Frauenfrage“ wurden 222 Bände gelesen. Betrachtet man nun die Zusammenfassung der Leserschaft, dann fällt auf, daß die weiblichen Leser in einer unvorstellbar hohen Zahl vorhanden geblieben sind. Von den Besuchern des Lesesaales der Stadtbibliothek entfallen auf Männer 97 005, auf Frauen nur 53 161. Bei der Leserschaft ist das Verhältnis nicht ganz so schlecht, aber auch hier stehen 9079 männlichen Lesern nur 2277 weibliche Leser gegenüber. Die Zusammenstellung der Berufe der Leserschaft zeigt die erfreuliche Tatsache, daß etwa ein Reutesel aller Leser dem Arbeiterstand angehört. Das größte Kontingent der Leser stellen die Handlungsgehilfen, und hier waren die weiblichen Leser verhältnismäßig am stärksten vertreten. Die Zahlen für diese Berufsgruppen sind 1527 männliche und 648 weibliche Leser. Nur bei den „Sozialbeamten“ ist das Verhältnis umgekehrt. Hier kamen auf 27 männliche 62 weibliche Leser. Auch 34 „Militärpersonen“ ließen sich bei der Stadtbibliothek als Leser eintragen, und sie werden wohl in erster Linie die 573 Bände verarbeitet haben, die aus der Gruppe „Militärwissenschaften“ gelesen wurden. Bei all diesen Ziffern und Vergleichen ist wohl zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der berufstätigen Frauen und Mädchen später zu Hause noch mit hauswirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind.

Die 1/4 Million Bände der Stadtbibliothek müssen zu den 1 1/2 Millionen Büchern, die die städtischen Volksbibliotheken verleihen, hinzugezählt werden, so daß insgesamt die städtischen Bibliotheken im Rechnungsjahr 1926 rund 2 Millionen Bände verliehen haben.

Funkwinkel.

Das Nachmittagskonzert von Dr. Becces Terra-Symphonikern bot ein sorgfältig gewähltes Programm bei künstlerischer Wiedergabe. Solistat Dr. B. Brod sprach über Revolutions, ein Thema, das uns Großstädtern wohl allen stark am Herzen liegt. Sein heuliger Vortrag galt als Anfang einer Vortragsreihe und behandelte Wesen und Entstehung der Revolution. Der Redner verglich unser Revolutionsystem mit einem Teleskop, dessen Hauptstationen Gehirn und Rückenmark sind. Von dort laufen die einzelnen Stränge und Speifen das ganze weiteverweigte Netz. Alle äußeren und inneren Eindrücke spiegeln sich in unserem Nervensystem wieder, und je nach der Beschaffenheit bzw. der Stärke unserer Nerven reflektieren diese die empfangenen Eindrücke. — Dr. Hermann Kirchhoff, Geschäftsführer der Deutschen Liga für Völkerbund, sprach über Ziele und Organisation der Völkerbundgesellschaften. Er stellt mangelndes Wissen in den weitesten Volksteilen über diese Institution, die schon seit dem Januar 1920 besteht, mit Bedauern fest. In Erkenntnis dieser Tatsache hat der preussische Kultusminister angeordnet, daß in sämtlichen preussischen Schulen Unterricht über den Völkerbund erteilt werden muß, um das Interesse und Verständnis für die Völkerbundbewegung zu erwecken und zu stärken. Die Gründung der internationalen Völkerbundgesellschaft ist nach dem Augenblick, als die Schaffung des Völkerbundes selbst bereits gesichert war. Von englischer Seite wurden diese Bestrebungen nur dann als wichtig befunden, wenn den breiten Massen das Verständnis hierfür durch Verbreitung und Popularisierung des Verständnissgedankens beigebracht wurde. Dies ist der Grundgedanke der Arbeit. Der Völkerbund hat in den acht Jahren seiner Tätigkeit seine Existenz als Vorkämpfer der freien unerschrockenen Meinung zwischen den Völkern hinreichend bewiesen. Das Abendkonzert unter Marek Webers bewährter Leitung brachte eine Fülle wirkungsvoller Musikstücke älterer und neuerer Komponisten zu Gehör.

Rechnet man hierzu die zahlreichen privaten Bibliotheken Berlins und den starken Bücherkauf hinzu, dann ergibt sich ein Bild von dem Lern- und Bildungseifer der Reichshauptstadt, das sich mit manchen überkommenen Vorstellungen von dem „Sündenbabel“ vielleicht nicht vereinigen läßt, das aber doch den Vorteil hat, Wirklichkeit zu sein.

Der Mann mit den Pelzen.

Berhaftung eines Bodendiebes.

Bei verdächtigen Geschäften war seit einiger Zeit ein junger Mann in der Münzstraße aufgefallen. Er verkaufte dort Pelze, Kleidungsstücke und Schmuckstücke. Die Kriminalpolizei, die den Däwling beobachtet, ermittelte, daß er Quartier in einem Hotel im Osten der Stadt hatte und besuchte ihn dort überraschend. Dabei entdeckte sie außer einer ganzen Reihe von Pelzdingen noch verschiedene Pelze und andere Sachen, die aus Bodeneinbrüchen stammten. Der Grippe wurde festgestellt als ein 24 Jahre alter Alfred Beckendorf, der aus Halle a. d. S. stammt. Zunächst behauptete er, sich erst seit drei Wochen in Berlin zu befinden, mußte aber später zugeden, daß es drei Monate waren. Während dieser Zeit hatte er besonders die Augendörfer, Zehlendorf, Tempelhof, Dahlem, Lichterfelde und Bismarcksee heimgesucht und überall gute Beute gemacht. Ein Teil der verpackten Sachen konnte bereits wieder herbeigeschafft und den Betroffenen zugestellt werden. Auch alles, was Beckendorf auf dem Leibe trug, vom Hemd bis zu den Lastfellein, stammte aus Einbrüchen. Er wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Er will sein Recht!

Ein Freispruch nach § 51.

Bedrohung, Rätigung und Beleidigung des Landgerichtsdirektors Dr. Marschner und anderer Personen wurden vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte dem 43jährigen Arbeiter W. v. S. zur Last gelegt.

Der Angeklagte ist im Jahre 1923 wegen Zuhälterei und weiteren Vergehens zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Diese Verurteilung erfolgte seiner Meinung nach zu Unrecht und v. S. verjuchte in der Berufungsinstanz und durch Revisionseinlegung eine Aufhebung des Urteils zu erreichen. Er will nämlich, wie er heute behauptet, nur das Opfer eines Hochverrats seiner früheren Frau geworden sein. Nachdem das Urteil jedoch rechtskräftig geworden war, ging v. S. noch weiterhin gegen alle Personen, die irgendwie mit seinem Strafverfahren in Verbindung gestanden hatten, besonders gegen Richter und Zeugen mit den ärgsten Verleumdungen und Bedrohungen vor. So erhielten die Ehefrauen der Richter verschiedene offene Postkarten und der Angeklagte drohte, daß er deren Männer niederknallen würde. Mit derartigen Schreiben wollte er einen Druck ausüben und möglicherweise ein Wiederholungswerk durchsetzen. In der neuen Verhandlung befandete der medizinische Sachverständige Oberarzt Dr. Hagedorn, daß v. S. für seine vielfachen Verleumdungen, Verleumdungen und Bedrohungen nicht verantwortlich zu machen sei, da er, wie durch eingehende Untersuchungen festgestellt ist, an querschnittlichem Irrenn leidet. Ihm mußte deshalb der § 51 zugestimmt werden. Der Angeklagte selbst erklärte, daß er nicht für geisteskrank gelten wolle, da es sich doch bei ihm um einen „Kampf für sein Recht“ handelte. Das Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Bergmann sprach nach längerer Beratung unter Zugrundelegung des Sachverständigengutachtens den Angeklagten frei, da es den § 51 für vorliegend erachtete.

Unterschlagungen bei einer Branerei.

Unter dem Verdacht, größere Veruntreuungen begangen zu haben, wurde gestern der Kassierer einer Berliner Großbrauerei von der Kriminalpolizei festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der ungeladene Angestellte, der mit dem Anlasse in den Gastwirtschaften betraut war, soll durch geschickte Fälschungen von Quittungen und Kontoauszügen in kurzer Zeit etwa 20 000 bis 25 000 Mark erbeutet haben. Bei einer vor zwei Tagen unvorhergesehen vorgenommenen Revision kamen die Betrügereien ans Tageslicht. Auf die Anzeige bei dem zuständigen Polizeirevier hin schritt die Kriminalpolizei dann zur Verhaftung des Mannes.

Rennfahrer Lejont tödlich verunglückt.

Der belgische Rennfahrer Gustave Lejour ist am Mittwoch abend auf der Radrennbahn in Frankfurt a. M. das Opfer seines Berufes geworden. Beim Training auf der Fliegermaschine kam der Frankfurter Schaffer zu Fall, und über ihn hinweg stürzte Lejour so unglücklich, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Schon auf dem Transport zum städtischen Krankenhaus starb Lejour.

Picavon gibt dem Haar eine lockere Fülle

Hundetragödie.

Von Volkmar Iro.

Seit sechs Tagen liegt er im strohgepolsterten Käfig neben dem jungen Spitzhase und einem mageren Airdaleterrier.

„Joscha“, der langhaarige, weißgraue, russische Steppenhund. Er starrt durch die Gitterstäbe nach den vorbeigehenden Menschen, die im Hfl des Tierchutzvereins ihre verlaufenen Lieblinge oder Ersatz suchen. Starrt hinaus, wedelt, wartet. Seine linke Vorderpfote ist lahme, die guten Augen sind trüb, er ist schon ein müder Veteran des Lebens.

Mancher bleibt stehen und ruft ihn an, aber keiner nimmt ihn mit — allen ist er zu alt.

Und während seine Zellengenossen munter auf das Gedell in den Nachbarzellen antworten, preßt er die Schnauze in das Strohhalm und wackelt. Ganz leise und todtraurig.

Vor neun Jahren reiste er in einem mit Kriegsgefangenen vollgestopften Viehwagen von Sibirien nach Deutschland. Sein Herr hatte einen Stiefsohn in der Lunge und den Tod im Leib. Joscha tröstete die alte Mutter und leitete ihr die Hände, wenn sie ihm über den weichen Kopf strich und ihre Tränen sein Fell naß machten. Er hatte seinen warmen, molligen Platz beim Küchenherd, die Mietpartei brachte ihm täglich Knochen und Hapfen, die Kinder fielen ihm bei den gottlichen Ohren fest und spielten mit dem großen, guten Tier, er war der Liebling der Gasse, und es wäre nach den harten, ereignisreichen Jugendjahren ein gutes und zufriedenes Leben gewesen — da kam das Verhängnis:

Ein Lastauto trennte ihn in einem fremden Viertel von seinem Frauchen. Er humpelte schnuppelnd die Spur zurück, verließ sich, dachte die Nacht halberfahren in einer Baubaracke, suchte am Morgen weiter. Zur Kälte und Müdigkeit kam noch der Hunger. Er strich an Fleischerläden vorbei, wühlte in Abfällen, fand endlich einen alten Knochen. Ein Junge streichelte seinen Kopf. Joscha wedelte freudig und ließ ihm hinkend nach, die Stiegen hinauf, trotz rasch durch die geöffnete Tür in die Küche, setzte sich zum Ofen und hob wie bittend die lahme Pfote gegen die Menschen, die um ihn standen und über sein Schicksal stritten. Am nächsten Morgen zog ihn der Junge heulend wieder die Treppen herab, ließ an einer Ecke fort. Joscha blieb im Schnee sitzen und wartete geduldig. Tief zurück, wartete vor dem Haus. Als man ihn verjagte, machte er sich wieder auf die Suche nach Abfällen, schlief zwei Nächte im Vorraum einer Sommerlaube. Bettelte und vagabundierte eine Woche lang, bis er mit dem lahmen Fuß nicht mehr weiter konnte. Stumpf und halb erfroren verkroch er sich im Gebüsch eines Vorstadtparks. Ein junger Dackel stößte ihn auf, verbeulte ihn. Man zog ihn heraus, schleppte ihn in ein Haus. Ein Rudel Menschen stand wieder um ihn, gaffte, suchte die Schultern. Eine arme Frau gab dem verwahrlosten Tier Nachtquartier und einen Teller Suppe. Am Morgen kam der Wagen und holte ihn in das Hfl.

Jetzt liegt er im Käfig und starrt durch die Gitterstäbe hinaus. Es ist der sechste Tag, der letzte Termin. Der Aufseher geht schon herum und notiert. Weilt vor dem Käfig stehen. Joscha wedelt freudig und versucht hochzukommen, aber der lahme Fuß ist zu schwach. Der Aufseher schreibt ihn und den Spitzhase auf, geht weiter, stellt die Liste der Todesandidaten für den nächsten Tag zusammen:

Weiß Bastarde oder alte, häßliche, kranke Tiere. Die Ausgestohlenen, Verbrauchten, Ueberflüssigen. Niemand will sie nehmen, und das Hfl braucht Platz. Morgen erhält jeder eine Blausäureinjektion — es geht schnell und schmerzlos. — Joscha wedelt und sieht dem Aufseher nach. Er hofft noch immer und denkt an seinen warmen Platz beim Küchenherd.

Aus alten Badeordnungen.

Von Hans Bege.

Jetzt, da so viele Heilung und Erholung auf Badereisen suchen, ist es nicht uninteressant durch Badeordnungen, die aus der Mitte des 18. Jahrhunderts erhalten sind, einen Einblick in das Badeleben jener Zeit zu gewinnen und es mit dem heutigen zu vergleichen. In vielen Einzelheiten lassen sich die Anfänge zu den jetzt noch üblichen Formen erkennen, zu denen damals der Grund gelegt wurde.

Die Tageseinteilung schreibt das 1762 erlassene „Bad- und Ausführungs-Reglement“ des in der Nähe von Baiersrieden liegenden Bades Neuschwanburg den Badegästen in folgender Weise vor: „Des Morgens von 7 bis 8 Uhr sollen sich sämtliche Saab-Gäste mit ihren Curen, als besonders Thé, Caffé, Chokolade, Wein-Booren, Saurbrunnen, Kroat-, Rachel- und Blotten-Wues, Butter-Schnitten und was dergleichen mehr ist, im großen Saale einfinden. Die, so nicht in das Saad gehen, sollen sich während 9 bis 10 Uhr still, ehrbar und bescheiden auführen und mit etwas Nützlichem beschäftigen. 10 bis 12 Uhr ist zum Spazieren bei schönem Wetter, und beim Regen zum Spielen, Conversieren und ungeschuldbigen Beschäftigungen gewidmet. 12 bis 1 Uhr zum Mittag-Essen, doch solle es auf eine Viertelstunde mehr oder weniger nicht ankommen. 1 bis 2 Uhr zum Caffé, wer aber nicht trinkt, mag sich indessen mit etwas anders erquiden; doch ist in dieser Stunde der Chokolade gänzlich verboten. 3 bis 8 Uhr, zu einem Spaziergang vor die ganze Gesellschaft; wenn aber wider alles Erwarten ein Regen einziele, so könnte aus Desperation gespielt werden. 8 bis 9 Uhr Nacht-Essen. Von 9 bis 11 Uhr wäre der Tag mit einem Ehrenzüngelein oder einer anderen angemessenen Ergötzlichkeit zu beschließen. Um 11 Uhr sollen alle und jede sich in das Bett verfügen, und eine allgemeine Stille regieren, besonders wenn sich jemand unter den Saadgästen nicht wohl befinden thäte.“

Auch über die Art und Weise, wie man sich bei der Ankunft im Badeort zu verhalten hat, und über das Benehmen der Badegäste während des Badens gibt der bekannte württembergische Staatsmann Moser in seinem 1758 erschienenen Buche über das „fürtreffliche württembergische Wüddbad“ genaue Verhaltensregeln: „Anmeldung bey dem Bademeister. Wenn man im Wüddbad angelangt ist, lassen die Personen, so einiges Standes seynd, den Bademeister zu sich ruffen, melden ihm, daß sie baden wollen, ziehen von ihm, wo nöthig, ferneren Unterricht ein, und übergeben ihm die Bad-Geräthe. Compliment an die Mit-Bad-Gäste. So dann erkundigt man sich, was für Personen ohngefähr gleichen Standes in eben dem Wirtsbaus logieren, läßt sodann ihnen, auch andern Bekannten ein Compliment machen, Glück zum Bad wünschen, und sich erbieten, wann man ausgeruht habe, sie zu besuchen; worauf man insgemein von ihnen bald den ersten Besuch erhält.“ Ueber die Kleidung, in der man zum Baden gehen soll, werden in dem Moserischen Buche viele Vorschriften erlassen die wohl heute kaum auf Gegenliebe rechnen können. So heißt es: „Alle Manns-Personen gehen nur in Schlafrock, Kapp, Strümpfen und Pantoffeln über die Straße in das Bad. Am auch desto eher fertig zu seyn, läßt man das Halstuch, Knie-Kleinen und die Hemd-Ärmel zu Haus, ingleichen die Ringe, so leicht im Baden verlohren gehen, auch wohl die Schuhe im Wasser ihren Glanz verlieren. Man nimmt

Bilder aus Deutschland.

Streife durch das nächtliche Berlin.

Berlin ist die größte Stadt der Welt, sie ist geräumiger als New York und London, und der Grenzbogen, der diese Stadt umschließt, beträgt 235 Kilometer. Ein Mann, der den Bohnraum der 4 200 000 Einwohner Berlins umwandern wollte, müßte fünf Tage und jeden Tag zehn Stunden auf den Füßen sein. Er ließe durch dürre Heiden, schöne Wälder, weite Felder und käme an rauchenden Industrien und verträubten Seen und Gewässern vorüber, und wenn er ein Dichter wäre, könnte er den Herzschlag eines Schizoiden hören und darin die Pulsschläge aus dem Blutstrom der Welt. Und wenn er vorstiehe vom Randgebiet nach dem Kern der Stadt, so wäre sein Vorstoß ein Stoß und Schnitt durch die heutige Gesellschaft, ein glühender Ausbruch aus grauer Vergangenheit und Geschichte bis in unsere Zeit ein Marterweg und eine Triumphstraße.

Die Weidendammer Brücke schwingt sich über die verdunkelte Spree, in der das Leuchtfeuer der vielen Reklamen glüht. Der Bahnhof Friedrichstraße, durch den die europäischen Schienenstränge vom Osten und Westen laufen, glüht, lodert und erbraust. In der Komischen Oper tanzen 200 halbnackte Mädchen und versuchen, den Beschmaß zu amerikanisieren, das neue Weltbild zwischen Bibel und Scherzbuch in die Herzen zu prägen. Die Autos kreiseln über den blankgeschuerten Asphalt, die Lichtleiter der Bogenlampen brennt in jenem blauen, strahlenden Zitterlicht, das auch in den Operations-sälen flammt, die laufende Schrift der elektrischen Reklamen zwingt zur Betrachtung, an den Straßenfronten drängt sich Laden an Laden, Cafés gibt es, Weinstuben, Kabarets, Tanzsäle, Bierhäuser, Banken, Konfektionsgeschäfte, aus dem Zeitungsviertel kommen die Strohhändler und schreien die Morgenausgabe des nächsten Tages schon am vorhergehenden Abend aus. Auch Bettler und Droschken sind zu sehen. Die grünen, gelben und roten Verkehrsampeln an den Kreuzungen sperren den Verkehr oder geben ihn frei; Unter den Linden rinnt das Leben, ein glühender Strom, und verprügelt sich an den Reisebureaus, an den Banken, an den Automobilhandlungen, an den Hotels und taucht unter im Schatten des Brandenburger Tors oder in der endlosen Tiefe des Tiergartens. Der Himmel über der Stadt ist kein Himmel mehr, er flammte, ein roter Streifen, über den steilen Häuserklyden. Das Licht Berlins löst die Sterne aus.

Hinter dünnen, blühenden Glasflächen liegen die Güter und Warenstapel der Gegenwart. Brillanten leuchten, seidene Kleider und Strümpfe schimmern, Schuhe aus buntem Leder und aus Schlangenhaut glitzern. Die Bierstuben machen die Hungerigen noch hungeriger und die Satten noch zufriedener. Aus den Bars, in denen sich Bisk mit Erotik verschmilzt, bricht Tanzmusik. Ein Mensch vom Mars hätte diese Straße als die Hauptstraße eines reichen, glücklichen Landes angesehen, wenn nicht sichtbar und unsichtbar hinter allem der Kaufpreis gestanden hätte.

Die Beidämmerung der Nacht kommt, die Gier nach Abenteuern, Liebe, Macht und Reichtum. Die Arbeit schließt an den Maschinen, in den Kantoren, in den Kammern der Armut, die Armut taucht auf in den geschminktten Masken der vielen Frauen und Mädchen, die ihre Karrees abschreiten und die Männer prüfend abschätzen. Manchmal glüht eine Seitenstraße auf und ist wie ein Schlauch, in den die Hauptstraße Rauch und Feuer gespritzt hat, diese heraussehende Hauptstraße, die vom Oranienburger Tor — die Selbstmörder liegen da oben im Schauspielhaus — bis zum Halleschen Tor geht und gleißt, eine ungeheuerliche Fassade, und man begreift plötzlich, warum sich die Filmindustrie hier ansiedeln mußte, hier zwischen Leben und Tod.

Der Alexanderplatz im Norden ist auch ein Zentrum Berlins, über das der Verkehr freiflößt und an dem die großen Warenhäuser stehen, aber in dieser Nacht war er wie ein Schlachtfeld, verschanzte, umwühlt, ausgegriffen. Tag und Nacht geht die Arbeit auf diesem Platz, ganze Häuserblöcke sind abgerissen, um Raum für neue Untergrundlinien und neue Durchbruchstraßen zu schaffen. Das Polizeipräsidium, das rote, uneheliche Haus, an dem noch die Kugelspuren des Aufstandes von 1919 zu sehen sind, wächst steil über das Trümmerfeld. Das Scheunenviertel, in dem auch das Lumpenproletariat neben dem Kleiderhandel wohnt und haust, ist nicht mehr weit, das alte, häßliche Berlin. Aber auch in diese Bezirke bricht neues Leben. Schöne Häuserblöcke wachsen an der Volksbühne, dem Stolz der Berliner Arbeiter, empor und prägen der Gegend ein anderes Gesicht. Die alten Baracken müssen fallen, die Kassenmänner, die Spielunken müssen verschwinden und mit ihnen auch die Zertrampelten unserer Gesellschaft: die Strohhändler, die großen und kleinen Diebe, die Schwindler und Jubäler, deren nördliche Hauptstraße die Münzstraße ist, eine verkleinerte Friedrichstraße, ein Ab-

Kolch der alten Welt. Die Straßenmädchen, die da oben schon am hellen Tag laufen, sind die ärmsten von ganz Berlin. Sie kennen den Hunger. Ihre Schminke sind Krankheit und Not. Die Kinos spielen schon am frühen Morgen ihre sentimentalen Schundfilme. Sie sind überfüllt. Die Heimalöfen, die Obdachlosen haben in ihnen ein Obdach. Die jungen Männer kennen das Leben, kennen das Gefängnis. Sie stehen an den Strohknecken, sitzen in den Bierquellen und Kassenmännern, den Klubs der ganz Armen, und besprechen manche Sache, die wilder und aufregender ist als der mildeste Wüddwestfilm. Die Welt von der anderen Seite bewegt sich in den Straßen bis zum Sietziner Bahnhof, aber was der Fremde bei einem Streifzug durch diese Gegend sieht, ist meistens nur Aufmachung und Attrappe. Das wirkliche Dasein, der brutale Kampf ums Leben, spielt sich unsichtbar ab. Und auch das muß gesagt werden: das Verbrechen ist durchaus nicht an das Scheunenviertel gebunden.

In der Münzstraße sind um Mitternacht die Destillen überfüllt. Das Glas Bier kostet zehn und zwanzig Pfennige, und die Männer und Frauen in den Kneipen kennen sich alle. Sie sind eine große Familie. Jeder Fremde ist sofort isoliert, es sei denn, daß er als Opfer ausersieht für die Ringnepper, für die Fallspieler, für die verarmten Mädchen, die so erbarmungswürdig elend sind, daß sie „Schnapsmatrassen“ genannt werden. Ein Glas Bier und einige Zigaretten aber schlagen schon die Brücken zu den späten Gästen. Kleine Kapellen oder elektrische Klaviere musizieren: die letzten Schlagler werden mitsungen und auch das berühmte Lied von dem Mädchen für Geld. Die Wände der Destille sind mit primitiven Bildern ausgemalt und sonderbaren Sprüchen. Da ist zu lesen: Junge Mädchen lieben, Frauen nicht betrüben, Witwen nicht hassen, das heißt leben und leben lassen. ...

Schon, man lebt und läßt leben, sitzt dann in einem Café, das um 3 Uhr schließt und um 6 Uhr wieder offen ist, geht weiter durch die dunkle, schwarze Stadt, in der die schon für die Welt verstorbenen Straßenmädchen auf betrunkenen Gästen und Kavaliers lauern, und streift nach dem Sietziner Bahnhof, der eine grauenvolle, schauerliche Kreuzung zwischen Burg und Schloß ist. Die großen Hallen liegen verfallen im bleichen Licht. Die Bahnsteige sind leer. An der Fahrkartenausgabe lehnt ein junger Mann und schläft. Drei andere Männer stehen am Hauptportal und warten den Morgen ab. Es waren Obdachlose. Sie wollten nicht im Hfl schlafen, sie hatten ihre Nächte schon im Hfl abgesehen, sie schliefen im Tiergarten, in den Hausnischen, in den Anlagen und waren die abgeprengten Trupps der unheimlichen Elendsarmee, die in den Nächten durch Berlin wandert. Im Hfl schlafen jede Nacht im Jahr mindestens 2000 Menschen. Das sind 600 000 Menschen im ganzen Jahr.

Es ist in der dritten Stunde. Die Destillen schließen sich. An den schmuggigen Häuserfronten bricht Kramall wie eine wüste Welle hoch. An den Straßenenden stehen noch die Wüddenverkäufer und neben ihnen lauern immer noch die bloßen, verbrauchten Mädchen. Dann verläßt eine kurze Strecke alle Straßen. Der glühende Schlamm, den die Nacht auf den Asphalt warf, wird wie von einem zauberhaften Wesen hinweggewischt, aber schon regte sich neues Leben. Berlin schläft niemals. Die Wagen der Händler rollen nach der Zentralmarkthalle. Berlin hat Hunger. Sein Bauch verdirbt die Obsternien ganzer Landschaften, die Gemüsepflanzen ganzer Provinzen. Sein Bauch mäht sich jeden Tag an 1 500 000 Broten, an 1 000 000 Eiern Milch, an 2 400 000 Pfund Mehl, an 1 400 000 Pfund Fleisch. Er mäht sich an holländischen Tomaten, an italienischen Birnen, an ungarischen Kapseln, an tschechoslowakischen Pflaumen, an westindischen Bananen, an spanischen Orangen, an sizilianischen Zitronen. Frank Drake mäht Ehrenbürger von Berlin werden: jeden Tag werden rund 3 000 000 Pfund Kartoffeln gegessen. Das alles braucht der Bauch von Berlin und noch viel mehr, aber er wird nicht satt davon und fähig nicht die Arbeitslosen, die Bettler, die Kriegsveteranen, die Sozialrentner, die Witwen und Waisen.

Die Straßen um den Alexanderplatz sind plötzlich fruchtbar geworden und die Bauern, Obstbändler und Großhändler bieten an Gemüse, Kartoffeln, Fisch, Obst und Salat. Die großen Hallen sind überfüllt, der Handel brüllt auf, der Zwischenhandel hamstert große Verdienste, eine Orgie von Duft und Farbe raft sich aus, Fleisch wird verkauft, Hähne krähen durch die Halle, als seien sie noch frei und auf dem fachen Land. Blumen und Kränze werden angeboten und die frischen Blüten und vielen Kränze passen gut zu dem ungeheuren Schlachtfest am frühen Morgen, wo das Tier und die Pflanze sterben muß, damit Berlin leben und arbeiten kann.

Max Barthel.

nur ein Schnupstuch zum Abdrukken des Gesichts mit; einige auch die Tabak-Dose. Frauens-Personen pflegen im Mantel, Unterröck und Hemd in das Badhaus zu gehen.“ Auch still und anständig soll man sich während des Besuchs des Badehauses benehmen, und „so löblich auch sonst an und für sich das Singen geistlicher Lieder ist, so muß man sich doch dessen enthalten, wann es nicht allen anständig ist, weil die Andere alsdann nicht dafür mit einander sprechen können, oder es sie sonst incommodiert. Gleiche Bescheidenheit hat es mit lautem Lachen, oder allzufertigem Reden.“ Ein Wort, das sich auch jetzt noch viele Badegäste gut merken sollten. Dann heißt es noch: „Ob man gleich im Bad selbst die Uhr schlagen hört; so sagt doch der Bad-Meister oder Bad-Frau jeder Person im Fürsten-, Herren-, und Edel-Frauen-Bad, wann es Zeit ist, auszusteigen. Man stehet sodann auf, trocknet das Gesicht ab, nimmt sein Schnupstuch und Dose, empfiehlt sich den Anwesenden, unter nochmaliger Anweisung eines geeigneten Bades, steigt aus dem Bad heraus und begibt sich in das warme Vorzimmer.“

Die unterirdischen Gewässer der Erde.

Die Gewässer, die sich unter der Kruste der Erdoberfläche befinden, besitzen eine Ausdehnung, die einem Drittel des Gesamtvolumens der Meere der Erde gleichkommt. Nach den Forschungen des amerikanischen Geologen Chester A. Keeds, der in letzter Zeit eine Anzahl unterirdischer Flüsse und Höhlengewässer untersucht hat, reicht das Grundwasser der Erde, das sich im Laufe ungeschätzter Zeitalter in ungeheuren Massen angeammelt hat, heute in große Tiefen — vielleicht sogar sechs Meilen tief — hinab. An gewissen Stellen werden diese Wassermengen nur durch poröses Felsgestein filtriert. Durch diese unterirdische Entwässerung kommen dann manchmal besonders eigenartige und schöne Naturerscheinungen zustande, wie z. B. die riesige Rammuhöle in Schweden, in der sich tonoch-

stehende Wasserbeden als auch fließende Gemäßer mit wechselndem Wasserstand befinden und zahlreiche andere Höhlen, in denen sich ebenfalls von der Grundtiefe aufgestiegene, d. h. durchgedrängte Wasser zu Seen angeammelt haben. Viele dieser Gemäßer werden in den Höhlen der Kalksteinregion gefunden, in denen sich auch die wie Steinhänge von der Decke herabhängenden ungeheuren zapfenförmigen Tropfsteinformationen, die Stalaktiten, sowie die prachtvollen Steinäulen, die Stalagmiten, bildeten.

Drohender Erdensch in der Schweiz. Seit einigen Wochen herrscht in der Schweiz große Aufregung über eine drohende und wohl kaum mehr abzuwendende Katastrophe, die, wenn sie wirklich eintritt, wohl eine der größten Lawinentatsachen der Alpenwelt darstellen wird. Nicht weniger als 150 Millionen Tonnen Erdreich drohen von dem im italienischen Sprachgebiet der Schweiz gelegenen Berge Arbedo in die Täler zu stürzen. Da die von Bergingenieuren bereits seit Jahren getroffenen Maßnahmen, die das Unglück abwenden sollten, anscheinend nicht den erwarteten Erfolg hatten, befürchtet man von Tag zu Tag das Vordringen der Erdmassen, die nichts weniger als den Einsturz des ganzen oberen Massives des Arbedo bedeuten würden. Jeder Witterungsumschlag kann die Erblawinen in Bewegung setzen, die sicher bei ihrem Niedergehen in die Täler keinen Stein auf dem anderen lassen und alles vernichten werden, was ihnen hindernd in den Weg tritt. Bereits seit einigen Jahren gehen in diesen Gebieten Erdlawinen nieder, die beträchtlichen Schaden anrichten. Den völligen Zusammensturz des Bergmassives hoffte man aber immer noch durch geeignete Maßnahmen aufhalten zu können oder doch wenigstens ihn möglichst unschädlich für die Täler erfolgen zu lassen. Dies scheint nun sehr unmöglich zu sein. Deshalb sind die an den Abhängen des Arbedo gelegenen Dörfer bereits seit Wochen von den Bewohnern verlassen und niemand will mehr die gefährlichen Höge betreten.

Günstige Entwicklung der Reichsbahn.

Vor der Tarifentscheidung des Reichsbahngerichts.

Die Entscheidung, die das Reichsbahngericht in der freitragenden Frage der Tarifierhöhung zu fällen hat, ist noch nicht gefallen; ob sein Spruch dahin lauten wird, daß die Reichsbahntarife erhöht werden müssen, oder ob es zu dem Ergebnis kommt, daß bei sparsamer Wirtschaft auch die jetzigen Reichsbahntarife der Reichsbahnverwaltung ein Auskommen ermöglichen, läßt sich noch nicht völlig übersehen.

Nachdem die Reichsbahn nunmehr auch über die Ergebnisse des Monats Juni berichtet hat, lohnt es sich, einmal einen Blick auf die Ergebnisse des ersten Halbjahrs 1928 zu werfen und sich an Hand der für dieses Halbjahr vorliegenden Zahlen ein Urteil über die

angeblühete Notwendigkeit der Tarifierhöhung

zu bilden. Die Einnahmen der Reichsbahn betragen im ersten Halbjahr:

| | 1928 | 1927 |
|--------------------------|------------------------|------------------------|
| Personenverkehr . . . | 678,9 Mill. M. | 632,8 Mill. M. |
| Güterverkehr . . . | 1572,6 " " | 1537,7 " " |
| Sonstige Einnahmen . . . | 198,8 " " | 178 " " |
| zusammen . . . | 2450,3 Mill. M. | 2348,5 Mill. M. |

Während die Reichsbahn also für das ganze Jahr 1928 nur mit einer Mehreinnahme von 20 Millionen Reichsmark rechnen zu dürfen glaubte, hat ihr das erste Halbjahr allein eine Mehreinnahme von über 100 Millionen Reichsmark gebracht.

Hinsichtlich der Einnahmehöhen hat also bisher nicht die Reichsbahn Recht behalten, sondern ihre Kritiker. Das günstige Ergebnis ist in erster Linie den steigenden Einnahmen aus dem Personenverkehr zu danken. Wie wird sich die weitere Entwicklung gestalten? Was den Personenverkehr betrifft, so war er in den Reifeomonaten Juli und August anscheinend härter als in anderen Jahren. Hinsichtlich des Güterverkehrs liegen bisher nur die Zahlen der Wagenstellung vor. Diese Zahlen lassen für Juli erkennen, daß sich der Güterverkehr im ganzen auf der Höhe des Vorjahres hielt. Bei einem Vergleich seiner Ergebnisse im ersten Halbjahr mit denen der entsprechenden Zeit des Vorjahres ist zu beachten, daß in diesem Jahre niedrigere Gütertarife infolge der Gütertarifreform des letzten Jahres galten als damals. Bei gleicher Verkehrsstärke wäre um deswillen monatlich ein Einnahmeausfall gegenüber dem Vorjahr von rund 6 Millionen Reichsmark zu erwarten gewesen. Statt dessen konnte eine Mehreinnahme von durchschnittlich monatlich etwa 6 Millionen Reichsmark erzielt werden. Im ganzen sind also die Einnahmen der Reichsbahn beträchtlich höher gewesen, als man hätte erwarten dürfen. Bisher liegt auch kaum ein Grund vor, einen Einnahmerückgang für die Zukunft anzunehmen. Nach den Erfahrungen früherer Jahre darf man vielmehr annehmen, daß die

Einnahmen im zweiten Halbjahr höher

sein werden als in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres. Von der Einnahmewentwicklung her liegt also kein Grund für eine Tarifierhöhung vor. Den Einnahmen standen die folgenden Ausgaben für den Betrieb, die Unterhaltung und Erneuerung der Reichsbahnanlagen im ersten Halbjahr gegenüber:

| | 1928 | 1927 |
|--|------------------------|------------------------|
| Berufliche Ausgaben . . . | 1177,3 Mill. M. | 994,3 Mill. M. |
| Sächliche Ausgaben . . . | 566 " " | 578,9 " " |
| Ausgaben f. d. Erneuerung der Reichsbahnanlagen . . . | 300,3 " " | 286,9 " " |
| zusammen . . . | 2073,8 Mill. M. | 1860,1 Mill. M. |

Während also im Vorjahr der Betriebsüberschuss 488,4 Millionen Reichsmark betrug, belief er sich in diesem Jahre nur auf 376,5 Millionen Reichsmark. Er zeigt also einen ziemlich erheblichen Rückgang. Für die folgenden Monate wird aber voraussichtlich die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr nicht unerblich gering sein, als im ersten Halbjahr.

Bekanntlich hat die Reichsbahn beschloffen, ihre Ausgaben, soweit als möglich, einzuschränken. Eingeschränkt werden können in größerem Umfang jedoch nur die Ausgaben für die Erneuerung der Reichsbahnanlagen. Da die Luftfrage, die die Reichsbahn an die Eisenindustrie erteilt hat, zunächst natürlich weiter liefen, war eine Einschränkung hier in den ersten Monaten dieses Jahres kaum möglich, zumal die Reichsbahn bei der Haltung des Reichsverkehrsministeriums, das einer Tarifierhöhung im ganzen ziemlich freundlich gegenübersteht, offenbar ursprünglich damit gerechnet hat, daß ihr die beantragte Tarifierhöhung ohne weitere Schwierigkeiten bewilligt werden würde. Die Ausgaben für die Erneuerung der Reichsbahnanlagen zeigen Monat für Monat im Vergleich mit dem Vorjahr die folgende Entwicklung:

| | 1928 | 1927 |
|---------------|---------------|---------------|
| Januar . . . | 37,6 Mill. M. | 22,1 Mill. M. |
| Februar . . . | 33,9 " " | 25,7 " " |
| März . . . | 44,6 " " | 31,6 " " |
| April . . . | 49,9 " " | 45,9 " " |
| Mai . . . | 82,8 " " | 87,4 " " |
| Juni . . . | 31,5 " " | 74,2 " " |

Sie blieben also erstmalig im Mai um ein Geringes hinter denen des Vorjahres zurück und unterschritten sie im Juni erheblich. Insgesamt waren sie

trotz des Einschränkungsprogramms

im ersten Halbjahr 1927 geringer als in der gleichen Zeit dieses Jahres. Es ist anzunehmen, daß sich das Einschränkungsprogramm in den nächsten Monaten erst voll auswirken wird und daß demnach die Ausgabenentwicklung sich in absteigender Linie vollziehen wird. Da die Erneuerungsausgaben über ein Siebentel der Gesamtausgaben ausmachen, kann ihre Einschränkung die Bilanz der Reichsbahn erheblich verbessern.

Aus dem Betriebsüberschuss sind die Kapitalkosten der Reichsbahn zu decken. Sie betragen im ersten Halbjahr:

| | 1928 | 1927 |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Reparaturen . . . | 329,6 Mill. M. | 270,7 Mill. M. |
| Geldliche Reserve . . . | 49 " " | 45,1 " " |
| Vorzugsaktiendividende . . . | 37,9 " " | 36,5 " " |
| zusammen . . . | 416,5 Mill. M. | 352,3 Mill. M. |

Während sie also im Vorjahr um über 100 Millionen Reichsmark den Betriebsüberschuss unterschritten, überstiegen sie ihn in diesem Jahre um rund 40 Millionen Reichsmark.

Dies ist an sich als völlig normal anzusehen. Denn da die Reichsbahneinnahmen in der zweiten Jahreshälfte regelmäßig erheblich höher zu sein pflegen, als in der ersten, so kann damit gerechnet werden, daß das Defizit des ersten Halbjahres durch einen Überschuss des zweiten wieder ausgeglichen wird. Aber selbst abgesehen davon, rechtfertigt das scheinbar ungünstige Ergebnis keine

Schlußfolgerung auf die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung. Die Reichsbahn hat in den Jahren 1925 bis 1927 eine

der Anhäufung von Reserven

in großem Ausmaß getrieben. Statt aber die zurückgestellten Mittel dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen, hat sie überflüssigerweise Sonderreserven in erheblicher Höhe gebildet. Würden diese Sonderreserven, wie es bilanzrechtlich durchaus zulässig ist, mit dem

gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds verschmolzen, so bräuchten überhaupt keine Zuweisungen an ihn mehr zu erfolgen. Das Defizit, das im ersten Halbjahr 1928 in Höhe von 40 Millionen Reichsmark entstanden ist, würde sich bei vernünftigen Bilanzierungsmethoden in einen kleinen Überschuss von 9 Millionen Reichsmark verwandeln.

Wir hoffen, daß das Reichsbahngericht dieses Zahlenmaterial recht gründlich prüft, ehe es seine Entscheidung fällt. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß bei objektiver Prüfung und bei besonderer Berücksichtigung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft das Reichsbahngericht seine Entscheidung gegen die Wünsche der Deutschen Reichsbahn fällen wird. Höher als die Interessen einzelner Wirtschaftszweige, die, wie etwa die Schwerindustrie, an großen Eisenbahnbestellungen besonders interessiert sind, muß die gesamtwirtschaftliche Lage bewertet werden.

Wachsender deutscher Außenhandel

Trotz gestiegener Ausfuhr 268 Millionen Mark Einfuhrüberschuss.

Die jetzt veröffentlichten Außenhandelsziffern vom Monat Juli zeigen, daß der in den Frühjahrsmonaten ziemlich stark zusammengeschrunppte deutsche Außenhandel seinen Umfang bedeutend erweitert hat. Mit rund 2,1 Milliarden Mark im reinen Warenverkehr der Ein- und Ausfuhr nähert sich der Juli bereits den Rekordziffern des Monats März, der mit 2,25 Milliarden Mark den bisher größten Umfang des deutschen Außenhandels seit der Stabilisierung aufwies.

Die Juli-Bilanz des deutschen Außenhandels zeigt im reinen Warenverkehr einen

Einfuhrüberschuss von 268 gegen 215 Millionen Mark

im Vormonat. Die Einfuhr, die vom Januar bis zum Mai d. J. ständig gesunken war und im Juni die erste Zunahme aufwies, hat sich auch im Monat Juli weiter erhöht. Die Zunahme in Höhe von 74,3 Millionen Mark erklärt sich jedoch überwiegend durch Terminabrechnungen im Niederlagerverkehr. Von den wichtigsten Waren, bei denen eine halb- bzw. vierteljährliche Abrechnung hauptsächlich vorkommt, haben Kaffee, Tee, Kakao und Mineralöl allein eine Erhöhung der Einfuhr um 70,5 Millionen Mark, also um fast 100 Prozent der Gesamtzunahme aufzuweisen.

Auf der anderen Seite hat sich auch die deutsche Ausfuhr, die seit den Rekordziffern von 1,62 Milliarden Mark in den folgenden 3 Monaten bis auf 893 Millionen Mark gesunken war, wieder auf 914 Millionen Mark erhöht. Die Entwicklung des deutschen Außenhandels gestaltete sich im reinen Warenverkehr der Aus- und Einfuhr in den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres wie folgt:

| | Einfuhr in Millionen Mark | Ausfuhr in Millionen Mark |
|-----------------------------------|------------------------------|------------------------------|
| Januar 1928 | 1370,0 | 862,1 |
| Februar | 1247,0 | 942,1 |
| März | 1229,4 | 1021,6 + |
| April | 1174,7 | 923,7 |
| Mai | 1055,7 | 895,3 |
| Juni | 1108,4 | 893,0 |
| Juli | 1182,6 + | 914,2 |
| Juli 1927 | 1274,5 | 848,5 |
| Juli 1926 | 927,6 | 820,4 |
| Monatsdurchschnitt 1927 | 1185,7 | 832,0 |
| Monatsdurchschnitt 1926 | 833,5 | 815,3 |

Kapitalerhöhung bei Rheinmetall.

Flüssige Mittel sind knapp, aber Dividende muß gezahlt werden.

Die Rheinmetall A.-G. in Düsseldorf (Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik) hat, wie die Verwaltung mitteilt, das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1927/28 günstig abgeschlossen. So soll nach fünf dividendenlosen Jahren wieder ein Gewinn von 6 Proz. an die Aktionäre ausgeschüttet werden.

Dagegen wäre an sich gar nichts zu sagen, wenn nicht die Verwaltung mit der Begründung, ihre gespannte Finanzlage zu verbessern, jetzt eine Erhöhung des 12 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals um 6 bis 8 Millionen Mark beabsichtigt. Nach den eigenen Worten der Direktion ist die Auszahlung einer Dividende kaum mit kaufmännischen Grundätzen zu vereinbaren, soweit nicht durch Hereinnahme neuer Mittel die schwebenden Schulden getilgt werden.

Anstatt also nach den Krisenjahren und der erst 1926 durchgeführten Sanierung den Jahresertrag der Konzernkonjunktur 1927/28 zur Abzahlung von Schulden und zur Bildung notwendiger Betriebsreserven zu verwenden, werden mit der sechsprozentigen Dividende 720 000 Mark verschwendet. Mit der Erhöhung des Kapitals wachsen zwangsläufig die Kosten, das herausgelegte Kapital auch zu verzinsen. Da das neue Kapital nicht einmal zur Finanzierung von Betriebsausbauten, sondern nur zur Schuldentilgung und indirekt zur Befriedigung der Dividendenansprüche der Aktionäre verwendet wird, haben also die Betriebe bei gleichbleibender Leistungsfähigkeit die Rente für ein Kapital von 18 bis 20 statt bisher 12 Millionen Mark herauszuschütten. Bei den nicht sehr günstigen Konjunkturaussichten wird auch der größte Optimist in der Verwaltung kaum an ein rentables Arbeiten unter dieser Kapitallast glauben.

Für die Belegschaft ist diese kapitalistische Dividendenpolitik der Rheinmetall-Verwaltung natürlich von größter Bedeutung. Ist es dem Unternehmen nämlich nicht möglich, sein Kapital in den nächsten Jahren zu verjüngen, so werden Arbeiter und Angestellte die ersten sein, an denen sich die Geldgier der Kapitalisten für schlechte Jahresabläufe schädlich halten wird. — Wir kennen die Melodie von den untragbaren Löhnen und den erdrückenden öffentlichen Lasten, und wir kennen auch die Forderungen, welche die Unternehmer aus selbstverherrlichender Unwirtschaftlichkeit zu ziehen pflegen.

Arbeitsmarkt verschlechtert sich.

Aufnahmefähigkeit der Aussenberufe sinkt.

Die Aufnahmefähigkeit der Aussenberufe ließ in der dritten Augustwoche nach den einzelnen Berichten der Landesarbeitsräte weiter nach. Der Abzug der Landwirtschaft und des Baumarktes war nicht mehr stark genug, um die Zugänge an Arbeitslosen aus anderen Berufen auszugleichen, selbst nicht in den vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirken wie Ostpreußen, Schlesien. In Rheinland und Westfalen ist die

Lage weiter verschlechtert, und zwar in Westfalen noch härter als im Rheinland. Verschiedene Bezirke haben ausgesprochen schwankende Bewegung, so Brandenburg und die Nordmark. Da aber in den anderen Gebieten noch ein Rückgang eingetreten ist, dürfte im ganzen eine geringe Entlastung eingetreten sein. Besonders drücken auf den Markt die unbehaltensmäßigen hohen Zahlen der Arbeitslosen im Spinnstoff-, Holz- und Bekleidungsindustrie, auch in der Metallwirtschaft wächst die Unfähigkeit.

Die Lage im Ruhrbergbau ist weiter verschlechtert, die Feierlichkeiten steigen, neue Kündigungen sind zum Monatsende ausgesprochen. In der Metallwirtschaft mehren sich die Zeichen der Verschlechterung. Die Entlassungen, besonders aus der Auto- und Fahrradindustrie, aber auch aus der Maschinenindustrie, nehmen zu. Ein besserer Geschäftsgang herrscht teilweise bei den landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, ferner bei der Elektroindustrie, den Kühlmaschinenfabriken, teilweise auch bei den Blechwaren- und Flugzeugfabriken.

Der Baumarkt ist örtlich sehr ungleich. In Brandenburg und Westfalen, wo die Saisonbelegung später eintrat, ist noch eine erhebliche Aufwärtsentwicklung zu spüren, andernorts traten Abwärtstendenzen ein, so in Niedersachsen und Hessen. Die Landwirtschaft hat nicht mehr so starken Arbeitsbedarf, allerdings legen die Anforderungen für die Kartoffel- und Hopfenanbau gebietsweise schon ein.

Im Spinnstoffgewerbe ist die Lage erneut verschlechtert, nur ganz vereinzelt hat sich der Geschäftsgang behoben. Die Bekleidungsindustrie liegt im allgemeinen immer noch wiewohl örtliche Verbesserungserscheinungen festzustellen sind, so z. B. in der Berliner Konfektion und auch in Stettin. Die Lage in der Schuhindustrie bleibt schlecht, in der Hutindustrie ist sie gebessert, in der Maschinenindustrie ausgesprochen unbehaltend. Im Holzgewerbe ist nur teilweise Nachfrage nach Bau- und Möbelhölzern, sonst bleibt die Situation ungünstig, das gleiche gilt auch von der Lederindustrie.

Güterwagenstellung bei der Reichsbahn. In der Woche vom 8. August bis 11. August (6 Arbeitstage) sind bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft (Angaben in 1000 Stück) 894 Güterwagen gestellt worden gegen 896 in der entsprechenden Woche 1927 (sechs Arbeitstage) und 902,7 in der Vorwoche 1928 (29. Juli bis 4. August — 6 Arbeitstage). Für den Arbeitstag im Durchschnitt berechnet, lauten die entsprechenden Ziffern 149, 149,3, 150,4.

Neue Rettung für die Vulkanwerk Stettin. In einer Pressebesprechung wurden von der Stettiner Stadtverwaltung Angaben über die Veruche zur Aufrechterhaltung der Vulkanwerk gemacht. Danach war zunächst verhandelt worden, den Lokomotivbau durch Heranziehung vermehrter Aufträge aufrecht zu erhalten. Hierzu wäre ein Auftragsvertrag von 20 Lokomotiven nötig gewesen. Die Reichsbahnverwaltung habe aber nur drei bis fünf Lokomotiven in Auftrag geben wollen. Die Aufrechterhaltung des Betriebes sei daran gescheitert, daß die Stettiner Industrie lediglich Aufträge in Höhe von 2000 Tennen jährlich zulassen könnte. Auswärtige Aufträge konnten nicht herbeigeführt werden. Der Geschäftsbetrieb müsse aber Aufträge von mindestens 5700 Tennen jährlich haben, um rentabel arbeiten zu können. Die Stadtverwaltung werde sich nach Scheitern aller dieser Vorstöße bemühen, den Oberhof der Vulkanwerk in ihren Besitz zu bringen, um gegebenenfalls später einen neuen Betrieb zu errichten.